Freitag, 3. Februar 1928
10. Jahrgang Nummer 29

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupterpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ohle 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8837. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13. Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telephon 1065. Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Wiederaufnahmeantrag Hoelz gestellt!

Hindenburg für Begnadigung — der Fememörder

(Eig. Drahtber.) Berlin, 3. Februar.

Die Verteidiger des Genossen Max Hoelz haben jetzt den angekündigten Wiederaufnahmeantrag gestellt. Der Wiederaufnahmeantrag ist ein geradezu ungeheuerliches Dokument, ein unwiderleglicher Beweis der offenen, brutalen Klassenjustiz in diesem Falle.

Der Wiederaufnahmeantrag stützt sich erstens auf das Geständnis des Täters Friehe, zweitens auf den Widerruf des Kronzeugen Uebe, drittens auf den Widerruf des Zeugen Keller, viertens wendet er sich gegen die Zeugin Heß, die Frau des Erschossenen. Ihr wird an Hand von amtlichen Protokollen nachgewiesen, daß sie im Prozeß Hoelz selber Hoelz zunächst nicht erkannte und erst später von seiner Täterschaft sprach. Während Frau Heß vor wenigen Wochen in einem richterlichen Protokoll erklärte, sie habe nicht gesehen, daß der junge Arbeiter Günther auf ihren Mann geschossen habe, sagte sie in einem Prozeß 1921 aus, dieser Günther habe auf ihren Mann geschossen. Dieser wurde daraufhin zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilt und ist dann 1926 im Zuchthause (!) tödlich verunglückt. Gegen Frau Heß ist Strafantrag wegen Meineid gestellt. Außerdem wendet sich der Wiederaufnahmeantrag gegen eine Reihe von Nebenfeststellungen, so vor allem gegen die völlig falschen Skizzen des Tatortes.

In Berlin fanden in den letzten Tagen große öffentliche Kundgebungen zum Fall Hoelz statt. Außerdem lud die Verteidigung die Presse zur Information ein. Es waren vertreten: „Vorwärts", „Berliner Tageblatt", „Vossische Zeitung", „Börsen-Courier", „Schlesische Zeitung", „Leipziger Neueste Nachrichten", „Frankfurter Zeitung", „Kölnische Zeitung" und zahlreiche andere Blätter. „Voss." und „Berliner Tageblatt" nehmen in ihren heutigen Morgenblättern bereits zum Wiederaufnahmeantrag Stellung. (Wir werden das ausführliche Material morgen veröffentlichen.)

Hindenburg für Begnadigung der Fememörder

(Eig. Drahtber.) Berlin, 3. Februar.

Nachdem alle faschistenfreundlichen Kreise und Organisationen durch außerparlamentarische Kundgebungen und Aktionen der faschistischen politischen Parteien vorgearbeitet haben, rühren sich nun auch die Fememörder selber. Diese Mordbuben haben jetzt sämtlich das Wiederaufnahmeverfahren beantragt, und zwar wollen Klapproth, Fuhrmann und Umhofer den Nachweis führen, daß sie bei der Ermordung des Feldwebels Wilms überhaupt nicht dabeigewesen sind. Die Stimmung dieser Herrschaften ist durchaus sorgenfrei, sie rechnen mit absoluter Sicherheit darauf, daß sie die Köpfe nicht nur auf den Schultern behalten, sondern nach dem Beispiel des Anstifters zum Arensdorfer Reichsbannermord, Schmelzer, sich bald wieder ihrer Freiheit erfreuen werden. Ein Berliner Abendblatt will erfahren haben, daß der Reichspräsident Hindenburg sich selber ganz entschieden für die Begnadigung und das Wohl der Fememörder einsetzt.

Der Arensdorfer Justizskandal vor dem Landtag

(Eig. Drahtb.) Berlin, 5. Februar.

Nach anderthalbwöchiger Pause ist am Donnerstag das Plenum des Landtages wieder zusammengetreten. Auf Antrag der Kommunisten wurde bei Beginn der Sitzung ein kommunistischer Urantrag gegen neue Grubenstillegungen im Ruhrgebiet ohne Debatte zur Weiterberatung an den Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Sodann wies der Genosse Pieck in einer Geschäftsordnungsrede darauf hin, daß die Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Oder den zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilten Paul Schmelzer, der bekanntlich seinen Sohn zu dem Arbeitermorde in Arensdorf angestiftet hat, plötzlich aus der Haft entlassen hat, da Fluchtverdacht nicht mehr vorliege. Während Kommunisten jahrelang in Untersuchungshaft gehalten werden, meist ohne den geringsten Anhaltspunkt für eine berechtigte Anklage zu haben, wurde hier einem faschistischen Anstifter zu Arbeitermorden eine ausgesuchte Begünstigung zuteil. Wir protestieren gegen diese Begünstigung, weil in dieser Haftentlassung nicht nur Gesinnungsgemeinschaft der Blutrichter der deutschen Republik mit diesem Arbeitermörder — Ordnungsruf des Präsidenten — zum Ausdruck kommt, sondern weil auch in dem Beschluß des Landgerichts eine bewußte Begünstigung eines Arbeitermörders liegt, damit er noch andere Arbeitermorde anstiften kann. Die kommunistische Fraktion stellt deshalb den Antrag, die Richter, die an dem Beschluß der Strafkammer zur Freilassung des Anstifters des Mordes an dem Reichsbannermitglied Tietze mitgewirkt haben, wegen Begünstigung zur Rechenschaft zu ziehen und aus ihren Aemtern zu entfernen. Wir verlangen, diesen Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Genosse Pieck weist ferner auf die skandalöse Behandlung des Falles Hoelz und auf die Begünstigung der Fememörder hin. Die Beratung des Antrages scheiterte an dem Widerspruch der Deutschnationalen. Die Kommunisten kennzeichnen diese Leistung mit dem Zuruf: „Die Geldgeber der Mordbanditen widersprechen."

Auf der Tagesordnung stand sodann der Gesetzentwurf über die Eingemeindung der Landgemeinden Wolthusen und Borsum in den Stadtkreis Emden.

Als weiterer Tagesordnungspunkt wurde sodann in zweiter Lesung der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung beraten. Der Hauptausschuß legt dazu übersichtliche Anträge vorzüglich zugunsten der Großagrarier vor. Insbesondere soll auf die Reichsregierung eingewirkt werden, neben der für Ostpreußen in Aussicht genommenen Sonderhilfe eine umfassende Umschuldungsaktion, die natürlich nur den Großagrariern zugute kommt, einzuleiten. Die Verschuldungsreform soll gleichzeitig auch Zinsentlastung und Steuergeschenke für die Agrarier bringen.

In der darauffolgenden Debatte erkannte der Sozialdemokrat Wittig die steigende Verschuldung der Landwirtschaft an. Dem preußischen Landwirtschaftsminister gebühre Dank für die ergriffenen Hilfsmaßnahmen. Aus der Verhetzung des Reichslandbundes spreche lediglich die Angst vor den Wahlen.

Der Deutschnationale Milberg erklärte, trotz der vom Landwirtschaftsminister zugesagten Erfüllung aller großagrarischen Wünsche, daß seine Partei kein Vertrauen zu dem Ministerium für Landwirtschaft habe. Auch das, was die Reichsregierung für die Landwirtschaft in Aussicht gestellt habe, sei nicht genügend. Man möge sich hüten, ein Feuer zu entfachen, das niemand löschen kann.

Die Kommunistische Partei Frankreichs an die deutschen Arbeiter!

An das Proletariat Deutschlands!

Kurz vor den Wahlen des Jahres 1928 hat die Sozialistische Partei Frankreichs soeben einen Kongreß abgehalten. Alle Führer dieser Partei haben dort nationalistische Erklärungen abgegeben, was wir dem deutschen Proletariat zur Kenntnis bringen müssen, um das Doppelspiel der Sozialdemokratie vor ihnen zu entlarven.

Die Sozialistische Partei Frankreichs unterstützt den französischen Imperialismus.

Die Sozialistische Partei hat für die neuen Militärgesetze, die die Macht des französischen Imperialismus vergrößern sollen, gestimmt. Sie hat sie verteidigt. Paul Boncour war der Berichterstatter dieses Gesetzes, das die ganze französische Nation, einschließlich der Frauen und Kinder für den Kriegsfall mobilisiert und das die Gewerkschaften unter den Stiefel der Generäle versetzt.

Die Parlamentsfraktion hat der Bildung einer Hunderttausend-Mann-Truppe zugestimmt, die für Frankreich der Bildung einer leibhaftigen Schupo gleichkommt, die die Arbeiter im Bürgerkrieg niederschlagen soll.

Die Sozialistische Partei hat die französische Politik in Genf unterstrichen. Ihre Führer zählen zu den Beratern von Briand. Paul Boncour ist in Genf der Stellvertreter Poincarés.

Der Sozialistische Kongreß hat seine Haltung gebilligt und sich ausdrücklich geweigert, von Boncour abzurücken. Als es nötig war, im Namen der kapitalistischen Regierung Litminow zu antworten, da war es Boncour, der diesen Auftrag erhielt. Blum, der Führer der Partei, erklärte, daß „die sofortige Abrüstung ein Witz ist."

Die Sozialistische Partei Frankreichs unterstützt den französischen Imperialismus gegen die deutschen Arbeiter. Der Weihnachtskongreß der Partei applaudierte dem Paul Boncour, als dieser erklärte, „man dürfe in Europa nicht die Sprengbombe der Revision des Versailler Vertrages werfen," und daß Frankreich das linke Rheinufer weder räumen noch sofort entwaffnen könne, ohne dafür Sicherheiten zu erhalten.

In der ganzen imperialistischen Politik vertreten die Sozialisten unentwegt eine Linie: die Politik von Poincaré.

Die deutschen Sozialisten haben verstanden, daß diese Erklärungen sie in eine peinliche Lage bringen. Sie wollen in die große Koalition mit der Bourgeoisie und an der Regierung teilnehmen. Die Politik der französischen Sozialisten, die ebenso chauvinistisch ist wie die ihre, hindert sie daran.

Die gewundenen Erklärungen, die sie in dieser Zwickmühle im „Vorwärts" veröffentlicht haben, beweisen nur, welche Gegensätze die zweite Internationale beherrschen, während sie mit der Anwaltschaft auf die Herstellung des Weltfriedens auftritt.

In allen Ländern unterstützen die Parteien der zweiten Internationale die Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie in den internationalen Rivalitätskämpfen, sie unterstützen sie selbst dann, wenn sie dabei gezwungen sind, die Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten.

Sie verteidigen den imperialistischen Friedensvertrag von Versailles.

Sie verhindern einen ernsthaften Kampf um die Rheinlandräumung.

In Frankreich wie in Deutschland kämpft nur eine Partei für den Frieden, das ist die Kommunistische Partei!

Eine einzige Internationale kämpft für den Frieden, die Kommunistische Internationale.

Sozialdemokratische Arbeiter!

Erkennt das Doppelgesicht Eurer Führer, dieser Komplizen der Kriegspolitik.

Gegen Stresemann und gegen Poincaré, gegen Paul Boncour und Noske, schließt Euch der einzigen Partei an, die die Interessen des Proletariats verteidigt, der Kommunistischen Partei!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs
(Sektion der III. Internationale.)

Briand antwortet

(Eig. Drahtber.) Berlin, 3. Februar.

In der Kammer antwortete der französische Außenminister Briand auf die Rede Stresemanns. Sachlich verteidigte er die Haltung der Poincaré-Regierung. Selbst nach 1935 müsse der Kontrollapparat der Entente im Rheinland funktionieren. Hinter Briands üblichen Friedensphrasen versteckte sich ein zähes Festhalten an den Forderungen.

Englische Dusche für Stresemann

„Daily Telegraph" schreibt, die Forderung einer völligen Räumung des Rheinlandes durch den deutschen Außenminister habe überrascht. In jedem Falle habe der deutsche Außenminister die Möglichkeit gehabt, so zu sprechen, daß er niemand beleidigte. Seine Ausführungen, in denen er leider das unglückliche Wort „Heuchelei" gebraucht habe, hätten natürlich die öffentliche Meinung in Frankreich irritieren müssen. Andererseits sei zu verstehen, daß er den Vorschlag Paul Boncours zurückwies. Die Art, wie er dies aber getan habe, sei zu scharf gewesen. In unseren Augen ist die Frage der französischen Sicherheit geregelt. Wenn aber die französische öffentliche Meinung diesen Standpunkt nicht teilt, so ist es England nicht möglich, die der französischen Haltung zugrunde liegende Empfindlichkeit zu ändern. Die deutschen Politiker täten besser, ihre Agitation einzustellen, die oftmals in einer Sprache erfolge, die dem deutschen Interesse mehr schade als nütze.

Nach Andeutungen des „Echo de Paris" wird Briand statt der Räumung des Rheingebiets eine Verminderung der Besatzungsstärke von 60 000 auf 50 000 Mann anregen. Der sozialdemokratische „Populaire" besteht auf dem Boncourschen Plan der Errichtung einer „ständigen Kontrolle" im Rheinland.

Im französischen Senat ist eine außenpolitische Aussprache im Gange. Sie wurde durch eine Interpellation des Senators Hubert, Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, eingeleitet. Seine Rede war eine erste ablehnende Antwort der Poincaristen auf die Rede Stresemanns. In nationalistischer Hetze wurde er vom elsässischen Senator Erearo übertrumpft. Schließlich sprach Lemery für die Räumung des Rheingebiets.

*

Die Moskauer „Iswestija" bezeichnen in einer Besprechung der Rede Dr. Stresemanns als besonders beachtenswert die Erklärung des Ministers über mögliche Befürchtungen der öffentlichen Meinung bezüglich des wirklichen Wesens der Sicherheitsfrage. Das Blatt behauptet, daß Dr. Stresemann keine konkreten Maßnahmen genannt habe, mit welchen er diese Befürchtungen zu zerstreuen beabsichtige; solche Maßnahmen seien auch in dem deutschen Memorandum nicht erwähnt, welches den entschiedenen Eindruck erwecke, daß in der Sicherheitsfrage Deutschland sich dem Standpunkte Englands angeschlossen habe, und die Rede Stresemanns zerstöre diesen Eindruck nicht. Unter Hinweis auf die von Dr. Stresemann gegebene Charakterisierung der deutsch-französischen Beziehungen schreibt das Blatt, unter den bestehenden Machtverhältnissen auf dem europäischen Schauplatz sei die Bemerkung des Ministers über die Macht Englands als Garanten Locarnos von besonderem Interesse.

Die besetzten Gebiete vor dem Reichstag

Das Doppelspiel des Zentrums

(Eig. Drahtber.) Berlin, 3. Februar.

Der Einspruch der kommunistischen Abgeordneten, Genossen Betz und Florin, gegen ihren Ausschluß in der Sonnabendsitzung wird von den Bürgerblockparteien abgelehnt. Dann Behandlung des Etats für die besetzten Gebiete.

Genosse Weber unterzieht den vorgelegten Etat einer gründlichen Kritik. 66 Prozent der Ausgaben für die besetzten Gebiete sind Verwaltungskosten, für die Linderung der Notlage bleiben danach nur ganz geringe Beträge übrig. Selbst Mitglieder der Zentrumsfraktion mußten im Ausschuß feststellen, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete von der Regierung stiefmütterlich behandelt wird. Aber Minister für die besetzten Gebiete ist der Vorsitzende des Zentrums, Herr Marx. Das Zentrum treibt hier aus wahldemagogischen Gründen ein durchsichtiges Doppelspiel. Bei der Entschädigung für Besatzungsschäden werden die Ansprüche von Arbeitern jahrelang verschleppt und dann abgelehnt.

Genosse Weber schildert eingehend die Notlage des besetzten Gebietes. Aachen hat schon seit 1925 eine Arbeitslosenzahl von 9000. Die Kinder in der Eifel müssen größtenteils Liegekuren durchmachen, weil sie zu entkräftet sind. Von den 30 Millionen Entschädigung haben die Gewerkschaften 10 Millionen erhalten, davon die freien Gewerkschaften 5 Millionen. Es wäre interessant, festzustellen, was man mit diesem Korruptionsfonds angefangen hat. Da über diesen Fonds keine öffentliche Rechenschaft abgelegt werden muß, können wir ihn nur als Korruptionsfonds bezeichnen.

Es kommt im besetzten Gebiet vor, daß ein Lehrer 110 Kinder unterrichten muß.

Die kommunistische Fraktion hat bereits vor Monaten einen Antrag für Unterstützung der notleidenden Saargänger und der kleinen Landwirte und Kleinhandwerker gestellt. Wir verlangen die Erhöhung der für die Unterstützung der werktätigen Bevölkerung des Saargebietes eingesetzten Summe auf 10 Millionen Mark. Die nationale und soziale Frage für die besetzten Gebiete wird erst gelöst werden, wenn die rote Fahne des Proletariats dort weht!

Die Reden der anderen Abgeordneten, die zum Etat der besetzten Gebiete gehalten wurden, waren alle als Material für den kommenden Wahlkampf aufgezogen.

Bei den Abstimmungen werden die kommunistischen Anträge für Bereitstellung größerer Mittel zur Behebung der Notlage des besetzten Gebietes abgelehnt. Gegen die kommunistischen Stimmen wird darauf dem Etat für die besetzten Gebiete zugestimmt.

Das Urteil im Schreck-Prozeß

TU. Leipzig, 3. Februar. Der Dokumentenfälscherprozeß gegen Schreck und Genossen ist nach fast viermöchiger Verhandlung vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts durch folgendes Urteil beendet worden: **Der Angeklagte Landwirt Anton Schreck wird wegen Verbrechens gegen § 267 und § 255, Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik und wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt;** Stellung unter Polizeiaufsicht ist zulässig; ein Jahr der verbüßten Untersuchungshaft wird angerechnet. Der Angeklagte Koch wurde wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahre und zehn Monaten Zuchthaus und der Angeklagte Schulz wegen Meineids zu vier Monaten und fünfzehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Neuer Hochverratsprozeß gegen einen Buchhändler

Leipzig, 2. Februar. — Vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts ging ein neuer Buchhändler-Hochverratsprozeß vor sich, und zwar gegen den Genossen Döll und der Proletarier-Buchhandlung in Erfurt. Der Senat ging in der gestrigen Verhandlung dazu über, die einzelnen beschlagnahmten Schriften zu besprechen und daraus inkriminierte Stellen vorzulesen. Prächtig illustriert wird diese Anklage durch die Tatsache, daß in ihr vom Reichsanwalt selbst Makulatur, die als solche für Laien, und man sollte meinen auch für einen Richter erkenntlich sein muß, unter Anklage gestellt ist. Die findige Erfurter Polizei beschlagnahmte in der Proletarier-Buchhandlung mit anderen Schriften auch solche Makulatur. Der Reichsanwalt verwertete sie skrupellos in seiner Anklage gegen Genossen Döll.

Streikfront in Mitteldeutschland ungebrochen

Halle, 3. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Streiklage in der mitteldeutschen Metallindustrie ist unverändert. Streikbrecherarbeit wird nirgends geleistet. Die Meldung von dem neuen Unternehmerbündnis hat die Arbeiterschaft veranlaßt, die Arbeiterfront noch fester zu schließen. Es wird von Tag zu Tag deutlicher, welch ungeheure Bedeutung der mitteldeutsche Kampf für die Arbeiterschaft in ganz Deutschland hat. Einbeziehung aller Metallbetriebe in den Kampf, Mobilisierung der oberschlesischen und rheinischen Hüttenarbeiter zum Kampf um den Achtstundentag, Mobilisierung der Bergarbeiter und eine allgemeine Vorbereitung sämtlicher Gewerkschaften auf Fortsetzung des Metallarbeiterkampfes auch bei Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruchs, der den Forderungen der Metallarbeiter nicht voll Rechnung trägt, ist die wichtigste Aufgabe, die endlich in Angriff genommen werden muß. Der Kampf gegen die Bürgerblockregierung, den die SPD. nur in Worten führt, muß von der Arbeiterschaft in der Tat geführt werden.

Prozeß Hatvany in Budapest

Sieben Jahre Zuchthaus

Budapest, 2. Februar. — Im Hatvany-Prozeß wurde das Urteil verkündet. Hatvany wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, 15 000 Pengoe Geldstrafe, zehn Jahren Amtsverlust und Aufhebung der politischen Rechte und zu 500 000 Pengoe materieller Gutmachung an das Aerar verurteilt und zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens verpflichtet. Ein Monat und zehn Tage werden auf die Freiheitsstrafe als verbüßt angerechnet.

Vor dem Budapester Gericht wurde ein Prozeß gegen den Schriftsteller, Großgrundbesitzer und Großkapitalisten Baron Hatvany verhandelt, der aus der Emigration freiwillig nach Ungarn zurückkehrte und verhaftet wurde. Hatvany war einer der Wortführer der liberalen Bourgeoisie Ungarns, die 1919 die bürgerliche Republik proklamierte. Die Anklage stützt sich auf Artikel, die er in der Emigration gegen das Horthy-System geschrieben hat.

Die liberale Bürgerpresse, die zu den Kommunistenprozessen nur selten ein Wort der Kritik fand, feiert im Baron Hatvany ihren Helden.

Vom Tage

Der Leiter der deutschen Handelsdelegation hat an die polnische Regierung das Ersuchen gerichtet, die Verhandlungen auf kurze Zeit nach Berlin zu verlegen.

Reichspräsident Hindenburg besuchte in Begleitung des deutschnationalen Reichsernährungsministers Schiele die „Grüne Woche".

Nach den Beschlüssen des Aeltestenrates wird von Freitag, den 3., bis Montag, den 6. Februar, eine Reichstagspause eintreten.

Der Posträuber Hein hat in einem thüringischen Dorfe einen ihn verfolgenden Gendarmeriewachtmeister erschossen.

Nach Ansicht Washingtoner Regierungskreise müssen die französisch-amerikanischen Friedenspaktverhandlungen endgültig als erledigt angesehen werden.

Die Demonstrationen zum Boykott der in den nächsten Tagen eintreffenden Verfassungskommission werden mit großer Intensität betrieben. Den mit dem Schiff ankommenden Mitgliedern der Kommission werden die Führer der Nationalbewegung auf einem Kahn entgegenfahren.

England fordert Revision des Achtstundentag-Abkommens

(Eig. Drahtber.) Berlin 3. Februar.

In Genf stellte der englische Vertreter Betterton im Internationalen Arbeitsamt den Antrag auf Revision des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Damit ist die Seifenblase der Reformisten, mit der Forderung auf Verwirklichung dieses Abkommens Propaganda zu machen, geplatzt.

Bayrische Verfassungsbrüche vor dem Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages

Am Mittwoch beschäftigte sich der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages wieder mit den Beschwerden der kommunistischen Abgeordneten Buchmann und Meyer-Franken wegen Bruch der Immunität, Versammlungsverboten und dergleichen durch die bayerischen Polizeiorgane. Das von unseren Genossen vorgetragene Material war so stichhaltig, daß auch die gerissensten parlamentarischen Schieber nicht in der Lage waren, die Verfassungsbrüche der bayerischen Regierung zu rechtfertigen und der Vorsitzende Dittmann (SPD.) feststellte, daß wohl alle Anwesenden die Berechtigung der kommunistischen Beschwerden anerkannt hätten. Den bürgerlichen Vertretern (Deutschnationale Volkspartei, Zentrum) war es höchst ungemütlich zumute, das brachten sie auch unverblümt zum Ausdruck, so daß sie erleichtert aufatmeten, als der Vorsitzende Bell beantragte, die Entscheidung noch einmal auf drei Wochen zu vertagen, bis eine neue endgültige Erklärung aus Bayern gegeben sei. Mit dieser Kritik glaubte Dr. Bell Zeit gewonnen zu haben, um eine Kompromißformel zu finden, die den unhaltbaren Standpunkt der bayerischen Regierung revidiert, ohne ihr dabei wehe zu tun.

Zur Ulitzka-Rede

TU. Berlin, 1. Februar. — Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Im Anschluß an die Pressekommentare über die gestrige Rede des Abgeordneten Ulitzka hat eine Aussprache zwischen den Führern der Deutschnationalen und der Zentrumsfraktion stattgefunden. Dabei wurde festgestellt, daß nach dem Willen der Zentrumsfraktion die Ausführungen des Abgeordneten Ulitzka eine Aufklärung über die Rede des Herrn von Freytagh-Loringhoven in ihrem Verhältnis zu den Richtlinien und der Erklärung der Reichsregierung vom 3. Februar 1927 bezweckten, Angriffe gegen die Deutschnationale Volkspartei dagegen nicht beabsichtigt waren."

Jacobys Geständnis

Der gestern verhaftete, durch zahlreiche Zeugen schwer belastete Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby hat nunmehr gestanden, daß er von Bergmann Provisionen für günstige Auskünfte über sein Unternehmen erhalten habe. **Auch in Breslau haben Staatsbeamte, Rittergutsbesitzer das Schwindelunternehmen empfohlen, ob mit oder ohne Erhalt von Provisionen, müßte sofort von der Staatsanwaltschaft ermittelt werden.**

Die Hausbesitzer fordern Wucherfreiheit

Der Reichsverband der Haus- und Grundbesitzer forderte in einer außerordentlichen Vorstandssitzung in Halle von den bürgerlichen Parteien die Verpflichtung, sich für sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft und freie Mietsvereinbarung einzusetzen. Im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen drohen die Hausagrarier mit der Aufstellung eigener Listen bei den kommenden Wahlen.

Kleine politische Nachrichten

Der Konflikt zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei beigelegt. TU. Rom, 3. Februar. Kardinal Gaspari hat am Donnerstag dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch ein Schreiben übersandt, in dem Beneschs sechs Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes mit dem Vatikan vom Papst gebilligt werden.

Wegen Beteiligung an einem Fememord verhaftet. TU. Halle, 3. Februar. Die Nordhausener Kriminalpolizei hat auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Stettin den Kaufmann Albert Schultz in Nordhausen verhaftet. Schultz soll mit einem Fememord in Pommern in Verbindung stehen.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

105

Sie hatte nie mehr Visionen gehabt, und aus eigenem Antrieb sprach sie auch niemals von den achtzehn Erscheinungen, die über ihr Leben entscheiden sollten. Man mußte sie ausforschen und ihr eine bestimmte Frage stellen. Sie antwortete kurz und trachtete, die Unterredung abzubrechen, da sie es nicht liebte, von diesen Dingen zu sprechen. Wenn man sie weiterdrängen wollte, indem man sie über die Natur der drei Geheimnisse befragte, die ihr von Gott anvertraut worden waren, so schwieg sie und wandte die Augen hinweg. Unmöglich war es, sie in Widerspruch mit sich selbst zu setzen; stets blieben die Einzelheiten, welche sie gab, mit ihrer ersten Darstellung übereinstimmend; sie schien dahin gekommen zu sein, genau die nämlichen Worte mit dem nämlichen Ton der Stimme zu wiederholen.

„Ich hielt sie während eines ganzen Nachmittags fest," fuhr der Doktor fort, „und niemals hat sie auch nur eine Silbe geändert. Es war, um aus der Fassung zu geraten. Ich schwöre gern, daß sie nicht log, und daß sie niemals gelogen hat, aus dem Grunde, weil sie der Lüge unfähig war."

„Aber, Doktor, halten Sie nicht eine Krankheit des Willens für möglich? Ist es heutzutage kein Erfahrungsgesetz, daß gewisse Degenerierte, gewisse kindische weibliche Wesen sich keines Traumes, keiner Halluzination, keiner irgendwie gearteten Einbildung entschlagen können, namentlich wenn sie in der Umgebung festgehalten werden, in welcher das Phänomen sich zeigte? Die im Kloster eingesperrte, nur in ihrer fixen Idee lebende Bernadette setzte sich die Sache natürlich nur immer mehr in den Kopf."

Pierre wagte zu widersprechen.

Der Doktor lächelte aufs neue und sagte mit einer großen, unbestimmten Geste:

„Ach, mein Kind! Sie fragen mich da zuviel! Sie wissen, daß ich nur noch ein alter, armer Mann bin, der auf seine Wissenschaft nicht stolz ist, der keinen Anspruch mehr erhebt, irgend etwas zu erklären. Ja, ich kenne das berüchtigte klinische Beispiel von dem jungen Mädchen, das bei ihren Eltern freiwillig verhungert wäre, weil es glaubte, es sei von einer schweren Magenentzündung befallen, und welches sich, als man dasselbe an einen anderen Platz gebracht hatte. Allein, was wollen Sie? Das ist nur ein einziges Faktum, und es gibt so viele ihm widersprechende."

Sie schwiegen während eines Augenblicks, und man hörte auf der Straße nur das Geräusch ihrer den Takt haltenden Schritte. Dann fuhr der Doktor fort:

„Uebrigens ist es sehr wahr, daß Bernadette die Welt floh, da sie nur in ihrem kleinen, einsamen Winkel glücklich war. Niemals hatte sie, soviel man wußte, eine vertraute Freundin oder eine besondere Anhänglichkeit an irgendeinen Menschen. Sie war gleich lieb und gut gegen alle, und nur für Kinder zeigte sie eine lebhaftere Zuneigung. Und da der Arzt trotz alledem nicht vollständig in mir geworben ist, so will ich Ihnen gestehen, daß ich mich manchmal darüber abquälte, zu wissen, ob sie auch geistig eine Jungfrau geblieben war, wie sie dies körperlich zuverlässig gewesen ist. Es ist das sehr möglich; denn bemerken Sie wohl: sie war von schwerfälligem und trägem Temperament und litt stets krank, ohne von der unschuldigen Umgebung zu sprechen, in welcher sie anfangs in Bartres, dann im Kloster aufwuchs. Gleichwohl stieg mir ein Zweifel auf, als ich von dem zärtlichen Interesse erfuhr, das sie dem Waisenhaus entgegenbrachte, das von den Schwestern von Nevers auf der nämlichen Straße gebaut wurde. Man nimmt darin die kleinen armen Mädchen auf und rettet sie dort vor den Gefahren der Straße. Und wenn sie es recht groß wünschte um alle gefährdeten Schafe darin aufnehmen zu können, geschah dies vielleicht nicht aus dem Grunde, weil sie sich erinnerte, selber mit nackten Füßen auf den Wegen herumgelaufen zu sein, und weil sie zitterte beim Gedanken, was aus ihr ohne die Hilfe der heiligen Jungfrau hätte werden können?"

Er fuhr fort und erzählte von den Volksmengen, die zusammenströmten, um Bernadette zu sehen und zu verehren. Das bildete für Letztere eine beträchtliche Unannehmlichkeit. Es ging kein Tag vorüber, ohne daß sich nicht eine Flut von Besuchern einstellte. Von allen Punkten Frankreichs, selbst vom Ausland, kamen solche herbei. Es wurde dringend notwendig, die nur Neugierigen auszuschließen, und man ließ nur die wahren Gläubigen bei ihr zu, die Mitglieder des Klerus und vornehme Leute, die man schließlich, ermüdet nicht vor der Türe stehen lassen konnte. Stets war eine Klosterfrau zugegen, um Bernadette vor allzu lebhaften Aufdringlichkeiten zu schützen; denn die Fragen regneten auf sie herab, und man erschöpfte sie, indem man sie ihre Geschichte erzählen ließ. Hohe Damen warfen sich ihr zu Füßen, küßten ihr Kleid und hätten gern einen Fetzen davon als Reliquie mitnehmen mögen. Sie mußte ihren Rosenkranz verteidigen, denn alle baten sie schwärmerisch, ihnen denselben um sehr teures Geld zu verkaufen. Eine Marquise wollte ihn dadurch erobern, daß sie ihr einen andern, von ihr mitgebrachten, schenkte, der ein goldenes Kreuz hatte, und dessen Körner aus edlen Perlen bestanden. Viele hofften, sie würde vielleicht ein Wunder vor ihren Augen vollbringen; man brachte ihr Kinder, um dieselben zu berühren; man holte ihren Rat über Krankheiten ein; man bemühte sich, den Einfluß zu erkaufen, den sie gewiß auf die heilige Jungfrau ausüben mußte. Große Summen wurden ihr angeboten. Beim geringsten Zeichen, und wenn sie den Wunsch zu erkennen gegeben hätte, eine mit Edelsteinen geschmückte, mit goldener Krone gekrönte Königin zu werden, hätte man ihr königliche Geschenke dargebracht. Die Demütigen blieben auf ihrer Schwelle knien; die Großen der Erde drängten sich in ihre Umgebung und hätten eine Ehre darein gesetzt, ihr als Geleite zu dienen. Man erzählte sogar, einer von ihnen, der schönste und reichste Fürst, sei an einem hellen Apriltage gekommen, um sie zur Ehe zu begehren."

„Aber," unterbrach ihn Pierre, „was mich stets befremdet hat und was mir mißfiel, das war ihre Abreise von Lourdes im Alter von zweiundzwanzig Jahren und ihr plötzliches Verschwinden, ihre Einkerkerung im Kloster von Saint-Gildard zu Nevers, aus welchem sie nie mehr herauskam. Gab das den Gerüchten, die über ihren Wahnsinn fälschlich im Umlauf waren, keine Handhabe? Setzte man sich bei ihrer Entschließung nicht der Vermutung aus, daß man sie verschwinden ließ aus Furcht vor einer Schwatzhaftigkeit, die sie begehen könnte, vor einem naiven Wort, welches das Geheimnis eines lange geübten Betruges preisgegeben hätte? Und ich selbst will das brutale Wort aussprechen: ich will Ihnen gestehen, daß auch ich glaube, man hat sie eskamotiert!"

Der Doktor Chassaigne schüttelte der Kopf mit sanfter Mißbilligung.

„Nein, nein," sagte er, „in dieser ganzen Angelegenheit gab es niemals eine im voraus abgekartete Geschichte und kein im Finstern verfaßtes großes Melodram, das von mehr oder weniger eingeweihten Schauspielern aufgeführt wurde. Die Dinge haben sich aus sich selbst durch die Kraft der Tatsachen allein entwickelt; doch waren sie stets verworren und von überaus bedenklicher Analyse. So ist es denn sicher, daß Bernadette zuerst den Wunsch aussprach, Lourdes zu verlassen. Die fortwährenden Besuche ermüdeten sie; inmitten dieser geräuschvollen, so weit herkommenden Verehrung fühlte sie sich unbehaglich. Sie wünschte nichts anderes, als einen schattigen Winkel, wo sie in Ruhe leben konnte, und in ihrer Uneigennützigkeit erwies sie sich zuweilen so strenge, daß sie das Geld wegwarf, welches man ihr zu dem frommen Zweck übergeben hatte, eine Messe lesen oder einfach eine Kerze anzünden zu lassen. Niemals nahm sie etwas an, weder für sich noch für ihre Familie, die arm geblieben ist.

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Gleiwitz

Erweiterungen im städtischen Autobusbetrieb. Nachdem nunmehr der neue Kruppwagen Nr. 9 angekommen ist, wurde derselbe mit dem 2. Februar 1928 in den Dienst der Linie 3 Nord-Süd eingestellt, worauf diese auf 30-Minuten-Verkehr gebracht wird. Da die Linie 4 bisher den halbstündlichen Vormittagsverkehr bis Tarnowitzer Chaussee mit bewirkt hat, muß diese nunmehr einen anderen Lauf nehmen. Sie wird dazu verwendet werden, um nach der Barbarastraße den halbstündigen Vormittagsverkehr zu bewirken. Da aber hierdurch den Anwohnern am Hannahaus kein Nachteil entstehen darf, andererseits der Lauf der Linie um die Stadt herum zu lang ist, muß letzterer abgekürzt werden, indem die Linie 5, von Petersdorf kommend, schon beim Haus Oberschlesien wenden und von da nach der Barbarastraße fahren muß.

Vom Stadttheater Gleiwitz. Als Wiederholungsvorstellung gelangt am kommenden Sonnabend 20 Uhr durch das Oberschlesische Landestheater die mit großem Beifall aufgenommene Oper „La Traviata", von G. Verdi, zur Aufführung. Die Preise beginnen von 75 Pfennig an.

Verloren. In der Nacht vom 23. bis 29. Januar 1928 sind in den städtischen Autobussen folgende Sachen gefunden worden: 1 Paar Handschuhe, 1 einzelner Handschuh, 1 einzelner Kinderhandschuh, 1 Regenschirm, 1 Geldbörse mit Inhalt. Die Sachen können in den Dienststunden im Betriebsamt, Löwenstraße 6, abgeholt werden.

Hindenburg

„Göttliche" Bettler. In Hindenburg wird eine neue Kirche gebaut. Und zwar die der Carmelianer mit dem roten Kreuz. Zu diesem Zweck setzte eine Bettelei von Haus zu Haus ein. Die Sammler erscheinen mit Listen und fordern, daß Beträge von einer Mark aufwärts monatlich gezeichnet werden sollen. Die Verpflichtung dauert „nur" drei Jahre. Angebrachter wäre es, Wohnungen zu bauen, denn Kirchen hat Hindenburg schon genug. Auch die sogenannte Kolende ist ein sehr gutes Geschäft. Der Küster kritzelt mit der Kreide die Türe voll, und dafür gibt es für die Schwarzkutten ganz nette Beträge. An einem Nachmittag werden etwa 50 Wohnungen besucht. Dies geschieht in einer Zeit von vier Stunden. Zwei Mark fallen im Durchschnitt ab. Das sind also 100 Mark, die Stunde 25 Mark. Arbeiter, wie hoch ist dein Lohn; darum: Taschen zu, und heraus aus der Kirche!

Metallarbeiter! Sonntag, den 5. Februar, 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Hindenburg-Zaborze (großer Saal) die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. — Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht (Zimmer). 2. Kassenbericht (Gottsmann). 3. Neuwahl des Vorstandes. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Wie die Bedürftigkeit geprüft wird. Ein Erwerbsloser schreibt uns: Auf dem Hindenburger Wohlfahrtsamt hagelt es mit ablehnenden Bescheiden für die Erwerbslosen, die Anträge auf Kohle oder Kartoffeln gestellt haben. Auch die Witwen, die Anträge stellen, werden mit diesen Bescheiden bedacht. Es ist eben keine Bedürftigkeit vorhanden. Zur Illustration seien zwei Fälle angeführt. Bei einem Erwerbslosen erscheint dieser Tage eine Dame, die die Bedürftigkeit prüfen soll. Der Mann hatte die Wohnung nicht geheizt, da es ihm nicht möglich war, von den paar Bettelpfennigen Erwerbslosenunterstützung Kohle zu kaufen. Die Dame bellebäugelte die Wohnung und meinte, daß es gar nicht kalt wäre. Dann ließ sie sich auch die Stallung zeigen, ob da nicht etwa noch Kohle oder Kartoffeln vorhanden wären. Auch zu einer Witwe kam diese Kontrolle. Diese Frau erhält eine monatliche Pension von 1,20 Mark (eine Mark und zwanzig Pfennige). Trotzdem sie 100 Prozent erwerbsunfähig ist, wurde sie nicht für bedürftig erklärt. Die Hindenburger Erwerbslosen und Witwen fordern die sofortige Absetzung dieser Person und Einsetzung einer anderen Person, die bereits die Not zu spüren bekommen hat und somit menschliches Empfinden besitzt.

Hindenburg. Von der Volkshochschule. In der nächsten Woche, und zwar am 4. Februar 1928, 20 Uhr, beginnt im Oberlyzeum, Reitzensteinplatz, der Kursus des Gesanglehrers und Musikpädagogen Fleischer-Gleiwitz über „Erziehung zum gesunden Sprechen". Der Vortrag wird durch praktische Versuche ergänzt und erläutert.

— **Zaborze.** Ab Montag wurde im Gemeinderestaurant der Kursus von Steiger Kolonko „Einführung in die Bergbaukunde" fortgesetzt. Außerdem beginnt am Donnerstag, dem 2. Februar, 20 Uhr, im Gemeinderestaurant der Kursus von Rektor Schafranek über „Deutsche Stilkunde". Anmeldungen im Büro der Volkshochschule, Kaniastraße 8, täglich von 14—16 Uhr oder in den Kursusabenden.

Beuthen

Belegschaftsversammlung der Hedwigwunschgrube. Am 27. Januar fand in Biskupitz im Saale des Herrn Lindner eine Belegschaftsversammlung der Hedwigwunschgrube statt. Kollege Noglitz gab den Geschäftsbericht des Betriebsrates und den der einzelnen Kommissionen für das Jahr 1927. Darauf sprach der Kollege Krzymik vom Bergarbeiterverbande. In der Diskussion sprach der Kollege Noglitz über die kommenden Feierschichten und über die Festsetzung der Gedinge. Er gab ferner einen Bericht über die letzte Knappschaftsältestenkonferenz in Beuthen. Kollege Czech unterstrich einige Ausführungen des Kameraden Krzymik und sprach über die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe; er kritisierte die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverordnung. Den christlichen Gewerkschaften liegt wenig an der Aufbesserung der Lebenslage der Arbeiter, sie interessieren sich mehr für Besetzung der Lazarette mit katholischen Ordensschwestern, die durch Beten vielleicht die Lebenslage der Proleten bessern sollen. Eine Bürgerblockregierung mit einem Marx wird den Proleten niemals helfen, aber auch nicht die christlichen Gewerkschaften, denn diese hängen doch nur von der Gnade der Thyssen, Klöckner usw. ab. Kollege Czech forderte die Kollegen auf, sich in den freien Gewerkschaften zu organisieren und den Kampf gegen die Bürgerblockregierung und zur Schaffung einer Arbeiter- und Bauernrepublik aufzunehmen. Zum Schluß erstattete Kollege Lipenetza einen Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern.

Fortschritte des Arbeiter-Samariter-Bundes in Oberschlesien. Am Sonntag veranstaltete der Oberschlesische Arbeiter-Samariter-Bund eine Werbeversammlung im Volkshaus Beuthen. Die Veranstaltung war gut vorbereitet und nahm einen erfolgreichen Verlauf. Der Bezirksleiter Julius Siebeneichler hielt einen Vortrag über „Zwecke und Ziele der Arbeiter-Samariter-Bewegung". An Hand von statistischem Material gab er einige Zahlen über die Tätigkeit der Samariter, welche sich von Jahr zu Jahr wesentlich vermehren. Genosse Bias-Beuthen appellierte an die Anwesenden, insbesondere an die Frauen und Mädchen, sich in den Dienst der Nächstenliebe zu stellen. Herr Dr. Kamm, welcher außer Dr. Fränkel und Dr. Schmey anwesend war, wies auf die Notwendigkeit einer Kolonne in Beuthen hin. Nachdem der Bezirksleiter nochmals auf die Gesamteinrichtung und die Satzungen hinwies, wurde zum provisorischen Vorstand Herr Dr. Kamm gewählt, dem es obliegt, die Geschäfte bis zur endgültigen Vorstandswahl zu leiten. 30 Mitglieder traten sofort der Kolonne bei. Es folgten nun nach vollendeter Gründung ein Prolog, einige lebende Bilder aus der Tätigkeit der Samariter und einige Rezitationen, aufgeführt und vorgetragen von der Kolonne Gleiwitz. Die Naturfreunde Gleiwitz brachten einige Volkstänze zur Schau, die infolge ihrer vollendeten Ausführung besonders viel Anklang fanden. Für den gemütlichen Teil hatten Mitglieder der Naturfreunde und der Samariter Beuthen durch Kuplets und heitere Aufführungen gesorgt. Man trennte sich mit der Hoffnung, daß die neugegründete Kolonne sich kräftig und lebensfähig entwickeln möge.

Aus der Arbeit des Jugendamtes. Das Jugendamt Beuthen veranstaltet gegenwärtig einen Lehrgang im Volkstanz. Leiter sind Otto Wendt und Ludwig Burghardt, Berlin. Die Zahl der Anmeldungen dafür überstieg 300, von denen nur 150 zugelassen werden konnten. Davon übt die eine Hälfte von 4—6 Uhr, die andere Hälfte von 8—10 Uhr in der Turnhalle im Stadtteil Roßberg.

Fundsachen. In den städtischen Autobussen sind in der Zeit vom 14. bis 29. 1. 1928 folgende Gegenstände gefunden worden: ein Paar braune Strickhandschuhe, eine Tabakspfeife, ein Kinderstrickhandschuh, eine Damentasche mit Inhalt, ein Schlüssel, eine Geldtasche mit Inhalt. Die Fundsachen können auf der Feuerwache, Hospitalstraße 3, abgeholt werden.

Jahresrückblick. Im Jahre 1927 waren in der Stadt Beuthen zu verzeichnen: 2038 Geburten (davon 1872 eheliche und 166 uneheliche), 64 Totgeburten. — Verstorben sind 1206 Personen, darunter 201 Ortsfremde. Von den Verstorbenen waren unter ein Jahr alt 264 Personen, ein bis fünf Jahre alt 78, 5 bis 15 Jahre 46, 15 bis 20 Jahre 49, 20 bis 40 Jahre 201, 40 bis 60 Jahre 244, über 60 Jahre und darüber 324 Personen. Eheschließungen haben im Jahre 1927 724 stattgefunden.

Miechowitz. Ein prügelnder Beamter. Ein Bergarbeiter schreibt uns: Vor einigen Tagen ereignete sich in der Anlage der Preußengrube folgender Vorfall: Während der Frühstückspause kam der Tagessteiger Kadlubski in die Baubude und forderte die Arbeiter auf, sofort mit der Arbeit zu beginnen, obwohl das Signal noch nicht gegeben war. Da die Arbeiter der Aufforderung nicht sofort Folge leisteten, nahm der Steiger den Arbeiter Johann Galtzka am Kragen und wollte ihn rauswerfen. Der Arbeiter wehrte sich, worauf er vom Steiger nach dem Namen gefragt wurde. Auf die Frage: „Wie heißen Sie?" lautete die Antwort: „Wie mein Vater." Diese Antwort brachte den Steiger völlig aus der Fassung, er schlug den Arbeiter ins Gesicht, worauf ein regelrechter Ringkampf entstand, bei dem der Arbeiter am linken Knie verletzt wurde. Der Arbeiter wurde fristlos entlassen und erhielt nicht einmal den Krankenschein. — Seit wann haben die Aufsichtspersonen das Recht, Arbeiter zu schlagen? Der Betriebsrat muß sofort gegen die Entlassung Einspruch erheben und sämtliche Kollegen die Wiedereinstellung des Entlassenen fordern!

Ratibor

Erwerbslosenversammlung. Am Mittwoch, dem 25. Januar, fand in Kauls Saale eine Erwerbslosenversammlung statt. Der Tätigkeitsbericht der Erwerbslosenräte wurde entgegengenommen. An den Magistrat wurde eine Protestresolution gegen die Zustände auf dem Wohlfahrtsamt geschickt, wonach einzelne Beamte die Arbeitslosen als „faule und besoffene Elemente", die sich aufs Wohlfahrtsamt ausschlafen kommen, und dergleichen bezeichnen. Es wurde scharf protestiert gegen die zum Frühjahr geplante Verschickung von 400—500 Erwerbslosen für das Ottmachauer Staubecken, da die Erwerbslosen nicht imstande sind, für 48 Pf. Stundenlohn einen doppelten Haushalt zu führen. Es wurde beschlossen, Delegierte zu dem Erwerbslosenkongreß zu entsenden. Genosse Popella forderte auf, sich in den freien Gewerkschaften zu organisieren.

Oppeln

Arbeitergelder unterschlagen hat der frühere Kolporteur der „Arbeiterzeitung" Gerhard Schon. Trotz wiederholter Aufforderung hat er die unterschlagenen Abonnementsgelder in Höhe von 20 Mark nicht abgeliefert. Seine Behauptung, er hätte bei einem Ueberfall von Faschisten die Tasche verloren, erwies sich als großer Schwindel. Wir haben heute noch nicht die Macht, solche Schädlinge der Arbeiterbewegung abzustrafen. Auf das einzige Mittel, unser Unternehmen vor Betrügern durch Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft zu schützen, verzichten wir und begnügen uns, solche Elemente durch Namensnennung in der „Arbeiterzeitung" der verdienten Verachtung preiszugeben. Zur Charakteristik des Schon diene noch, daß er nach seinen Unterschlagungen die Partei verlassen hat und sich den Elementen zugesellt hat, die unter der Flagge der „Opposition" die Kommunistische Partei verleumden. Wir gratulieren der Opposition zu diesem Zuwachs.

Eiskostümfest! Manchen Leuten in der Republik geht es noch gut. Auch der Sport wird zum Wintervergnügen gemacht. Dienstag abend fand auf der Eisbahn ein Kostümfest statt. Vor Hunderten von Zuschauern flitzten unter den Klängen der Reichswehrkapelle einige Masken vorbei. Eine Eisquadrille von acht Pierrots und Pierretten bot einen schönen Anblick.

Die Freie Turnerschaft Oppeln veranstaltet am 4. Februar 1928, 20 Uhr, im neuen Saal von Lazy, Sakrau, ihr Wintervergnügen.

Bildungsabend des RFB. Am Sonnabend findet um 19,30 Uhr im Schützenhaus der Bildungsabend des RFB. statt. Thema: Wie verteidigt sich der Proletarier vor Gericht und wie benimmt er sich bei Verhaftungen? Dieses Thema ist für jeden überaus wichtig.

Achtung Erwerbslose! Rat und Auskunft erhalten alle Kollegen, bevor noch nicht der Arbeitslosenausschuß des ADGB. in Kraft ist, im Keller Sternstraße 4. Mit Max Zimmer haben wir nichts mehr zu tun, da er nicht mehr Mitglied der KPD. ist. Der im Ortskartell des ADGB. gefaßte Beschluß auf Einführung eines Ausschusses für die arbeitslosen Kollegen wird von dem sozialdemokratischen Kartellvorstand bisher sabotiert.

Das städtische Wohlfahrtsamt hatte vor dem Kriege mit etwa 800 Unterstützungsfällen zu rechnen. Diese Zahl schwankt jetzt zwischen 3000—3500, ist demnach um mehr als das Fünffache gestiegen. Im letzten Jahre mußte die Stadt für ihre Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen nahezu eine Million Mark ausgeben.

Die Wohlfahrtsstelle für Alkoholkranke hält jeden Mittwoch, von 17 bis 18 Uhr, in den Räumen des Kuritasverbandes, Wilhelmsplatz Nr. 12, ihre Sprechstunden für Alkoholkranke selbst und für deren Angehörige ab.

Er verzichtet auf Arbeiterkundschaft. Gibt es da auf dem Ring in Oppeln eine Likörfabrik Cassel mit Ausschank. Dort verkehren hauptsächlich Proleten. Trotzdem wurde einigen Arbeitern der Vertrieb der „Arbeiter-Zeitung" verboten. Ob die Firma Cassel sich damit nicht ins eigene Fleisch schneiden wird?

Sozialdemokratischer und kommunistischer Frauenschutz

Eine Genossin schreibt uns: Nachdem die deutsche Sozialdemokratie nicht in der Reichsregierung sitzt und gegen den Bürgerblock in Opposition steht, schwingt sie besonders radikale Töne — um Wählerstimmen zu gewinnen, nicht aber, weil sie an dem System etwas ändern will. Nehmen wir als Beispiel die Frage des Frauenschutzes und untersuchen einmal die Stellung der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Gehen wir dabei nach dem „mustergültigen" Wien und Sowjetrußland. In einer Frauendelegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs am 25. September 1927 protestierten im Namen der sozialistischen Wählerinnen die Führerinnen Maria Bock und Adelheid Popp gegen die Absicht der Regierung, den Paragraphen des bestehenden Gesetzes, der die Schwangerschaftsunterbrechung zu einem mit Gefängnis zu bestrafenden Verbrechen macht, beizubehalten. Sie forderten volle Angleichung an den deutschen Entwurf, in dem der Paragraph 254 folgendes besagt: „Eine Abtreibung im Sinne dieses Gesetzes liegt nicht vor, wenn ein approbierter Arzt die Schwangerschaft unterbricht, weil es nach den Regeln ärztlicher Kunst zur Abwendung einer auf andere Weise nicht abwendbaren ernsten Gefahr für Leben oder Gesundheit der Mutter erforderlich ist." Das Ideal eines Gesetzes ist demnach für die sozialdemokratischen Führerinnen das Gesetz der Bürgerblockregierung Deutschlands. Die Herrlichkeit dieses Gesetzes kennt jede proletarische Frau in Deutschland. Dieses Gesetz erniedrigt sie zur Gebärmaschine und bestraft jeden Versuch einer Abtreibung mit Gefängnis. Dagegen können die Frauen der Reichen ihr Zweikindersystem fortsetzen. Wir sehen darin einen Versuch der sozialdemokratischen Führerinnen, auch in dieser Frage eine Vertuschung der Klassengegensätze herbeizuführen. Es ist bezeichnend für die Reformisten Deutschlands und Oesterreichs, daß sie die Gesetze ihrer Länder dem Proletarier als Muster anpreisen, ohne mit einem Wort das proletarische Rußland, wo das Problem des Mutterschutzes vorbildlich zugunsten der werktätigen Frau gelöst ist, zu erwähnen.

Es ist allen bekannt, daß der Abort in Rußland freigegeben ist. Gleichzeitig bemüht man sich, durch Empfehlung empfängnisverhütender Mittel und richtigen Mutterschutz den Abort einzuschränken.

Die Wirkung des Mutter- und Kinderschutzes in Rußland kommt in nachfolgender Gegenüberstellung zum Ausdruck:

Auf 100 Geburten kamen 1924 Aborte: in Berlin 59, in Leningrad 21. Mit den Forderungen der sozialdemokratischen Führerinnen nach Straffreiheit für Schwangerschaftsunterbrechung ist die Sache auch nicht abgetan. Wir proletarischen Frauen müssen für eine solche Gesellschaftsordnung kämpfen, die einen ausreichenden Mutter- und Kinderschutz gewährt, wie er in Sowjetrußland besteht. Selbst sozialdemokratische Arbeiterdelegierte, die in Rußland waren, bestätigen, daß eine Arbeiterin zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung Urlaub mit vollem Lohn bekommt, daß man den stillenden Frauen gestattet, acht Monate nach der Entbindung täglich eine Stunde der Arbeit fernzusein ohne Lohnkürzung, daß man diesen Müttern neun Monate nach der Entbindung fortlaufend eine Extrazulage von einem Viertel des Lohnes gewährt, ferner erhalten sie am Tage der Geburt eine vollständige Säuglingsausstattung. Bei den Betrieben sind Stillkrippen und Kindergärten genügend vorhanden. Das alles aber ist kein Muster für die sozialdemokratischen Führer Deutschlands und Oesterreichs! Das sollte doch den sozialdemokratischen Arbeiterinnen zu denken geben. Wir proletarischen Frauen müssen begreifen, daß die endgültige Befreiung der Frauen nur mit der Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch möglich ist. Darum, Arbeiterinnen, nicht abseits stehen, sondern kämpft mit für die Befreiung des Gesamtproletariats! Hinein in die Kommunistische Partei!

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Hindenburg. Freitag 19,30 Uhr im Saal Glaser Bericht des Rußlanddelegierten Dittmar.
Ratibor. Freitag 19 Uhr im Lokal „Kaiserkrone" Kursusabend.
Zaborze. Sonnabend 18 Uhr im Saal Herzel, Zaborze-Dorf, Bericht des Rußlanddelegierten Dittmar.

Roter Frontkämpfer-Bund

Oppeln. Sonnabend 19,30 Uhr Bildungsabend im Schützenhaus. — Thema: „Wie verhält sich der Proletarier bei Verhaftung und wie verteidigt er sich vor Gericht?"
Oppeln. Sonntag Ausmarsch nach Muchewitz. Antreten mit der Kapelle um 13 Uhr am Schützenhaus.
Oppeln. Montag 19,30 Uhr Lichtbildervortrag, „Waffen des Zukunftskrieges", im Saal, wo der Kursus der Partei stattfindet.

Sonstige Organisationen

Bezirkstagung der Arbeiter-Samariter Sonntag in Ratibor im Kanterhotel am Neumarkt. Jede Kolonne hat bestimmt einen Delegierten zu entsenden. Die Tagesordnung ist den Kolonnen bereits zugegangen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Piewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate B. Gaebel, Breslau.

Ein Posten runde Decken 6.80
Wandbehänge von 2.20 an
Diwandecken von 4.75 an
Künstlerdecken 4.40

Ein Posten helle und dunkle Madrasgardinen und ein Posten Stores mit Filetmotiven bis 60%

Seiden kolossal billig
Crepe de chine von 2.75 an
Taffte in schönen Farben 3.40
Bedruckte Seiden 4.50
Eolienne 3.20
Crep marocain... 2.95

Etamin-Gardinen 1.95

Inventurausverkauf
Preisermäßigung bis 60%
Eigen Heim
Kaufhaus Hindenburg
Kronprinzenstraße 196

26.00 Eisfell-Diwandecken in allen Farben

Pullover Stoffe 95 Pfg.

Günstige Gelegenheit zur Beschaffung von Ausstattungen
Garnituren Gradel 95 ₰
Garnituren Linon 72 ₰
Inlette in allen Preislagen

Spezial-Abteilung für Gardinen und Teppiche
Anfertigung von Dekorationen im eigenen Atelier

20% auf Madras- und Brokat-Reste für 1 Fenster reichend

Ein Posten Kleider-Stoffe 95 ₰
Ein Posten Kostüm- und Mantel-Stoffe 2.20
Ein Posten reinwollene Kostüm- und Mantel-Stoffe Wert bis 16 Mk. 6.40

Ein Posten Wasch-Stoffe ohne Unterschied... 1.20
Ein Posten Reste zum Aussuchen ohne Unterschied... 50 ₰

Amtliche Bekanntmachungen von Weißstein

Betrifft: Aufnahme von Lernanfängern.

Die Aufnahme der Lernanfänger erfolgt in sämtlichen hiesigen Schulen am

Montag, dem 13. Februar 1928,

und zwar:

bei der evangelischen Schule Weißstein um 15 Uhr, im Zimmer Nr. 8 für Knaben, im Zimmer 9 für Mädchen (Schulgebäude am Marktplatz);

bei der evangelischen Schule, Ortsteil Neu-Salzbrunn, von 10 bis 12 Uhr im Amtszimmer des Schulleiters;

bei der weltlichen Schule, Weißstein um 15 Uhr, im Zimmer 21 der Niederschule;

bei der weltlichen Schule, Ortsteil Neu-Salzbrunn, ab 10 Uhr im Amtszimmer des Schulleiters der weltlichen Schule;

bei den katholischen Schulen in Weißstein und Neu-Salzbrunn, von 11 bis 1 Uhr, in den Amtszimmern der in Frage kommenden Schulgebäude.

Aufnahmepflichtig sind alle Kinder, welche das sechste Lebensjahr vollendet haben, oder bis zum 30. Juni 1928 zurücklegen. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1928 das sechste Lebensjahr vollenden, können aufgenommen werden, wenn sie körperlich und geistig genügend entwickelt sind. Geburtsurkunde (eventuell Familienstammbuch), Tauf- und Impfschein sowie bei Knappschaftsmitgliedern der Rollenschein sind für jedes anzumeldende Kind mitzubringen.

Die Eltern, Vormünder und Pfleger haben die Kinder selbst zur Schule zu bringen, und nicht etwa mit anderen Kindern zu schicken.

Weißstein, den 31. Januar 1928.

Der Gemeindevorsteher.
Hertwig.

Betrifft Impfung.

Die Anmeldung der impfpflichtigen Kinder der Gemeinde Weißstein, einschließlich Ortsteil Neu-Salzbrunn, zur Impfung im Jahre 1928 hat spätestens bis zum 1. März 1928 im Einwohnermeldeamt Weißstein, Zimmer 5 des Amtsgebäudes, während der Dienststunden in der Zeit von 9 bis 1 Uhr zu erfolgen.

Alle von auswärts zugezogenen Eltern, Pflegeeltern usw., deren Kinder im Jahre 1927 und früher auswärts geboren, bisher aber noch nicht mit Erfolg geimpft worden sind, sind zu dieser Anmeldung verpflichtet.

Bezüglich der hier geborenen Kinder, soweit sie seit der Geburt von hier nicht zur Abmeldung gekommen sind, bedarf es keiner Anmeldung zur Impfliste.

Unterlassungen dieser Meldung müssen auf Grund des Impfgesetzes bestraft werden.

Weißstein, den 30. Januar 1928.

Der Gemeindevorsteher.
Hertwig.

Görlitz

Schokoladen
Tee, Kaffee, Kakao, Zuckerwaren
stets frisch und billig im
Konfitürenhaus Tryller, Görlitz
Lauenstraße 2 (Blaue Marken)

Felle
Hasen, Kanin
Ziegen, Katzen
Fuchs, Iltis
Marder
kauft zu höchsten Preisen
Carl Restel, Elisabethstr. 7

Weißstein

Bäckerei und Konditorei
Karl Puschmann
Weißstein, Hauptstraße 62

Gasthof „Grüner Baum"
Freiburg :: Besitzer: Paul Weiß
empfiehlt seine Lokalitäten
einer gütigen Beachtung.

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Alfred Hainsch
Striegau, Jauerstraße 25

Radio-
Anlagen und
Grammophone
in allen Preislagen — Streng reelle und achmännische Bedienung
Kostenlose Vorführung
aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der
Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
STREHLEN
Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

Amtliche Bekanntmachung von Weißstein

Ziegenbockstation im Gemeindebezirk.

In Ergänzung der diesseitigen Bekanntmachung vom 11. Oktober 1927 bringe ich den Ziegenbesitzern hiesiger Gemeinde hiermit zur Kenntnis, daß das Mindestdeckgeld nur für gewöhnliche Ziegenböcke 1 Mark beträgt. Besitzer von Herdbuch-Böcken, also solcher mit Abstammungsnachweis, sind berechtigt, ein Mindestdeckgeld von 2 Mark zu fordern. Herdbuch-Böcke besitzt hier lediglich der Ziegenzuchtverein. Dieselben sind stationiert bei:

1. Herrn Hausbesitzer Hermann Gratzke, Weißstein, Altwasserstraße 9.
2. Herrn Bergbauer Paul Schmidt, im Ortsteil Neu-Salzbrunn, Hartauer Weg 18.

Weißstein, den 20. Januar 1928.

Der Gemeindevorsteher.
Hertwig.

Sämtliche Lebensmittel und Kolonial-Waren
bei 6% Rabatt
empfiehlt
E. Buder :: Görlitz
Rothenburger Str. 11

Prima Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Otto Fiebiger
Görlitz
Bogstrasse Nr. 18

Strehlen

Kolonialwaren
billigst!
WEINSTUBE
täglich geöffnet!
F. Skupin
Strehlen :: Ring 4

Schweidnitz

Gasthof zum blauen Hecht
Felix Kollwitz
Schweidnitz, Breslauer Str. 8

Beuthen

Kranter-, Dauerbrand- und Küchen-Oefen
nur bewährte Systeme
durch Großeinkauf billigste Preise
Koppel & Taterka
Beuthen OS. Piekarer Straße 23 Telephon 2048/2049
Hindenburg OS. Kronprinzenstr. 127 Telephon 3190

Hindenburg

Spottbillige Angebote!!
Herren-Paletots . von 19.50 an
„ Anzüge . „ 15.75 „
Burschen-Mäntel . „ 18.50 „
Kinder-Anzüge . . „ 4.95 „
Windjacken, Hosen usw. kaufen Sie enorm billig bei
Max Himmelfärb
Hindenburg
gegenüber dem Admiralspalast

Die „Not" der Junker und das Brot des Arbeiters

Bemerkungen zur Grünen Woche

Junkerprogramm — Hungerblockade

Alljährlich findet in Berlin gegen Ende des Winters eine sogenannte „Grüne Woche" statt. Alljährlich nützt der Reichslandbund diese Grüne Woche aus, um eine Heerschau der Großagrarier und Großbauern abzuhalten und die agrarkapitalistischen Forderungen in die Welt zu brüllen. Es wäre zu begrüßen, wenn einige tüchtige Photographen sich bei diesen Veranstaltungen daran machten, das Bild der „notleidenden" Rittergutsbesitzer und Domänenpächter auf der Platte festzuhalten. Der deutsche Arbeiter und der in Wirklichkeit notleidende Kleinbauer — diesen sieht man auf der Grünen Woche sehr wenig — würden sich sicher freuen über das gesunde, rundliche Aussehen jener bedauernswerten Betriebsleiter, von denen im Hauptausschuß des Reichstags vor wenigen Tagen der Reichsernährungsminister Schiele erklärte, daß ihre Einnahmen nicht dazu ausreichen, sie notdürftig zu ernähren.

In diesem Jahre kommt der Grünen Woche eine besondere Bedeutung zu, da sie mit der Behandlung des Landwirtschaftsetats im Reichstag zusammenfällt und mit dem ohrenbetäubenden Trommelwirbel zahlloser Landbundkundgebungen, Entschließungen, Notrufen und Delegationen an die Reichsregierung. Alle diese Kundgebungen erklären einstimmig: die deutsche Landwirtschaft steht vor einer Katastrophe, die Geduld der Landwirte ist zu Ende. Anfang des Jahres drohte der Landbund von Hannover mit der „Anwendung letzter Mittel". Im Hauptausschuß des Reichstags drohten sogenannte Bauernvertreter, daß man jetzt ebenfalls die Bauern auf die Straße rufen werde, es fiel hierbei sogar das Wort „Revolution". Am 23. Januar fand in Berlin eine Konferenz sämtlicher nord- und mitteldeutscher Landbundführer statt, die wütend feststellte, daß „alle bisherigen Wünsche, Bitten, Vorschläge und Anträge für nichts geachtet sind". Man sprach von der „verfehlten und ungerechten" Handels- und Zollpolitik, von der ebenso „verfehlten und ungerechten" Steuerpolitik, von „einer überspannten Sozialpolitik usw. Wie in einer geheimen Primanerverbindung gelobte man feierlich, das Beschlossene „unverbrüchlich zu halten und in unseren Landbünden zur Durchführung zu bringen". Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„1. Wir dulden keine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wir aus eigener Scholle hervorbringen können, insbesondere nicht den Abschluß eines polnischen Handelsvertrages, der nur auf Kosten der Landwirtschaft, besonders auf Kosten der Kleinlandwirte und der Landarbeiter abgeschlossen werden kann.

2. Wir werden unsere Betriebe so schnell als die Wirtschaftsform des einzelnen Betriebes es erlaubt, auf die einfachste Form umstellen und alle nur irgendwie vermeidbaren Ausgaben an Bauten, Maschinen, Kunstdünger unterlassen. Der Zuckerrübenbau wird soweit unterbleiben, als nicht genügend fähige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

3. Wir stehen zu allen von uns eingegangenen Verpflichtungen, können aber Zahlungen an Wechseln, Zinsen, Steuern und Abgaben nur noch aus den aufkommenden Erträgnissen des Betriebes zahlen.

4. Gegen eine zwangsweise Befriedigung aus landwirtschaftlicher Substanz, die nicht mehr weiter verschleudert werden darf, sondern in unseren Händen zu verbleiben hat, werden wir von Fall zu Fall die uns nötig erscheinenden Maßnahmen ergreifen."

Mit solchen Landbunderklärungen hat es eine eigentümliche Bewandtnis. Schon einmal erlebten wir eine solche „Bauer in Not"-Kampagne, Winter 1925/26. Auch damals drohte angeblich der Landwirtschaft die Katastrophe, auch damals bestürmte man die Regierung, auch damals rief man die Bauernmassen vor die Finanzämter. Und auch damals wagte man es, die Not der kleinen Bauern und der Landarbeiter als Schild zu benützen für die eigensüchtigen Liebesgabenforderungen der Großagrarier. Was man damals erreichte, war ein Kompromiß mit dem Finanzkapital, nämlich die Erhöhung einer Reihe von Agrarzöllen, einen neuen Kapitalschub, verbunden mit Prolongierung der fälligen Wechsel. Der arbeitende Bauer hatte nichts davon und der Landarbeiter erst recht nichts. Aber die deutsche Arbeiterschaft mußte die Zeche bezahlen.

Heute wird dasselbe Spiel gespielt. Vor der Masse der Landarbeiter und werktätigen Bauern jammert man über ungerechte und verkehrte Steuer- und Zollpolitik; aber man hat sie selber mitbeschlossen und zahlt schon seit Jahren so gut wie keine Steuern. Man wettert gegen die einseitige Bevorzugung der Industrie; aber man hat ein festes Bündnis mit den Großindustriellen gegen die Arbeiterschaft. Landbunderklärungen sagen stets das Gegenteil von dem, was sie meinen. Die Großagrarier werfen sich auf als Anwälte der arbeitenden Bauernschaft; aber die Umschuldungsaktion, die sie fordern, die Zölle, die sie erzwingen wollen, sind alles Maßnahmen, an denen der kleine und kleinste Bauer nicht den geringsten Nutzen hat. Mit widriger Heuchelei beteuern sie ihr gutes Herz für die Landarbeiter! Aber im gleichen Atemzug fordern sie die Erhöhung des Kontingents an ausländischen Landarbeitern, mit deren Hilfe sie die Lohnforderungen der deutschen Landproletarier niederzuringen und die deutschen Deputanten von ihren Gütern zu vertreiben gedenken, lehnen sie die geringsten Lohnforderungen ab und werfen mißliebige Deputanten aus der Wohnung.

Agrarkrise und Agrarpläne

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit der „Agrarkrise", von der alle Großagrarischen Zeitungen in letzter Zeit laut reden? Eine nüchterne Betrachtung der Ziffern und Tatsachen zeigt folgendes:

Die Preisbewegung der Landgüter — ein untrügliches Barometer für die jeweilige Rentabilitätsstufe der kapitalistischen Betriebe — zeigt keinerlei besondere Abwärtsbewegung. Ein Blick auf die Verkaufsanzeigen in dem führenden Junkerorgan, in der „Deutschen Tageszeitung" beweist, daß der Bodenpreis je Hektar nicht, wie Reichsminister Schiele im Hauptausschuß erklärte, stark gesunken, sondern ziemlich stabil ist, etwa auf Vorkriegshöhe oder etwas darüber. Für Güter in guter Verkehrslage, mit guter Bodenqualität und gutem Inventar wird bis zu 750 Mark den Morgen bezahlt.

Auch die Statistik der Erntevorräte läßt den Schluß zu, daß es den Herren Großgrundbesitzern, die doch in erster Linie als Verkäufer von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen, keineswegs so dreckig geht, wie sie behaupten. Nach den Vorratserhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrats, also einer Stelle, die sicher nicht einer feindseligen Einstellung zur Landwirtschaft verdächtig ist, waren am 15. Dezember 1927 die Getreide- und Kartoffelvorräte in erster Hand ganz bedeutend höher als im Jahre 1926. (Zum Verkauf verfügbarer Vorrat: an Weizen 1 561 000 Tonnen gegen 859 000 Tonnen am 15. Dezember 1926, an Roggen 1 637 000 Tonnen gegen 1 384 000 Tonnen am 15. Dezember 1926, Kartoffeln sogar 7 397 000 gegen 4 174 000 Tonnen.)

Rentabilität des Großgrundbesitzes

Aber es gibt auch direkte Beweise dafür, daß durchaus nicht alle Agrarkapitalisten im letzten Jahre mit Verlust gewirtschaftet haben. Wir erinnern an jene Feststellungen des Deutschen Landarbeiterverbandes über den unerhörten Luxus, der zumal auf den Großgütern des Adels mit Equipagen und Rennpferden, Schlössern und Parks, Lakaien und Kammerdienern getrieben wird. Besonders aufschlußreich sind die Mitteilungen des Enqueteausschusses über die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe. Dieser Ausschuß hat vor kurzem die Ergebnisse einer Umfrage an mehrere tausend Betriebe veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die im Jahre 1924-1925 tatsächlich vorhandene kritische Lage in der Landwirtschaft sich bereits im Jahre 1925-1926 wesentlich gebessert hat. Von 2568 im Jahre 1924-1925 befragten Betrieben arbeiteten 62 Prozent mit Verlust und nur 38 Prozent mit Gewinn. Doch schon im folgenden Jahre schlossen 73 Prozent der befragten Betriebe mit einem Ueberschusse ab und nur noch 27 Prozent waren als Verlustbetriebe zu bezeichnen. Es ist nicht der geringste Grund zur Annahme, daß diese Aufwärtsbewegung sich im vorigen Jahre nicht fortgesetzt haben soll. Das Gegenteil ist mehr als wahrscheinlich. Denn inzwischen wurden ja im Frühjahr und Sommer 1927 eine Anzahl der wichtigsten Agrarzölle nochmals bedeutend erhöht, und die Preise für Getreide, Kartoffeln und die wichtigsten Vieherzeugnisse halten sich durchweg auf 50 bis 60 Prozent über Friedensstand. Von einer Schere zugunsten der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und zu ungunsten der Agrarprodukte kann, wenigstens bei den kapitalistischen Großbetrieben, deren Hauptausgabenkonto Kunstdünger und Arbeiterlöhne, deren Haupteinnahmen Roggen und Kartoffeln sind, nicht geredet werden. Bei der Kleinbauernwirtschaft freilich stehen die Dinge anders.

Bleibt noch die Frage der Schweinepreise. Diese stehen tatsächlich zurzeit ziemlich niedrig, durchschnittlich auf 45 Pf. für ein Pfund Lebendgewicht. Der Arbeiter freilich merkt als Konsument recht wenig davon, kostet doch das Pfund Schweinefleisch im Laden nach wie vor etwa 1.15 Mark.

Wer ist aber hier der eigentliche Leidtragende? Etwa der Großagrarier, der mehr und mehr dazu übergeht, seine Kartoffeln und seinen Roggen direkt im eigenen Betriebe zur fabrikmäßigen Schweinemast zu verwenden? Das Ergebnis der Viehzählung vom 1. Dezember 1927 beweist eine Verschiebung der Schweinehaltung von Südwest nach Nordost! — Oder der kleine Bauer, der vielfach die durch Zölle verteuerten Futtermittel vom Großagrarier kaufen muß und der nicht imstande ist, die paar Schweine so rasch und rentabel zu mästen wie sein großer Nachbar?

Uebrigens sind gerade die Großagrarier an dieser relativen Ueberproduktion und der daraus folgenden Preissenkung selbst schuld. Denn sie unterstützen mit allen Kräften die arbeiterfeindliche Lohn- und Sozialpolitik der Bürgerblockregierung und der industriellen Unternehmer und verhindern dadurch, daß der Arbeiter die für ihn infolge der verschärften Ausbeutung doppelt notwendigen konzentrierten Nahrungsmittel kaufen kann. Es ist ein schamloser Ton, wenn vor einigen Tagen in der „Deutschen Tageszeitung" als Ursache des mangelnden Fleischabsatzes genannt wurde, die gegenwärtig herrschende Vorliebe für die „schlanke Linie"!

Was bleibt also von der sogenannten Agrarkrise übrig? Es bleibt die Tatsache, daß die bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe sich in einer ernsten Notlage befinden, nicht nur weil gerade ihre Produkte verhältnismäßig tief im Preise stehen, und ihre Bedarfsartikel dank dem Preiswucher der konzernierten Großindustriellen und der Großagrarier besonders teuer sind, sondern auch deshalb, weil die ganze Kredit- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung sowie deren Zoll- und Handelspolitik sich mit besonderer Schärfe gegen die kleinen und mittleren Bauern auswirke.

Es bleibt ferner die Tatsache, daß trotz der hohen Schutzzölle die Auslandskonkurrenz, vor allem bei der Weizeneinfuhr, in den Molkereiprodukten, bei Gemüse und Obst schärfer wird. Und was ist der Grund dafür? Etwa der Mangel an Zollschutz? Minister Schiele mußte im Hauptausschuß des Reichstags selbst zugeben, daß die dänische Butter nur infolge ihrer besseren Qualität und weil die dänischen Molkereien imstande sind, große Massen von einheitlicher Qualität (Standardware!) zu exportieren, die deutschen Zollschranken überspringt, ja trotz höherer Preise der deutschen Butter vorgezogen wird. Dasselbe gilt für die holländische gelbfleischige Kartoffel, für den amerikanischen und kanadischen Weizen, für das ausländische Obst und Gemüse.

Technische Rückständigkeit

Die technische Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft ist eine der tiefsten Ursachen dieser sogenannten Agrarkrise. Und gerade die Großagrarier, die es unterlassen haben, ihre Betriebe rechtzeitig zu mechanisieren und motorisieren, die vor allem den modernen Molkereibetrieb und die Standardisierung der Waren, die Anpassung an den Geschmack des Publikums und an die Bedürfnisse des Marktes vernachlässigt haben, weil sie alles Heil von den staatlichen Subventionen und den hohen Schutzzöllen erwarteten; sie sind schuld an dieser technischen Rückständigkeit.

Es kommt hinzu, daß die heute in Deutschland vorherrschende Form des kapitalistischen Agrarbetriebes, das Rittergut — von der Masse der Bauerngüter ganz zu schweigen —, nicht mehr den Erfordernissen der modernen Technik und des modernen Marktes entspricht. Die fortgeschrittensten der deutschen Agrarkapitalisten beginnen das auch einzusehen und befürworten die Bildung von agrarischen Interessengemeinschaften, ja von Agrarkonzernen, das heißt die Zusammenlegung von mehreren Gutsbetrieben zu Aktiengesellschaften unter einheitlicher Verwaltung und in engster Verbindung mit den kreditgebenden Großbanken. Das deutsche Finanzkapital geht immer energischer dazu über, die Kredithergabe und die Vermittlung von Auslandskrediten an die Bedingung zu knüpfen, daß die Großagrarier ihre Produktion im Sinne der Industrialisierung und Rationalisierung ihrer Betriebe umstellen. Das laute Geschrei des Landbundes über die drohende Katastrophe hat in diesem Zusammenhang den Zweck, bei den Verhandlungen zwischen Finanz- und Agrarkapital, vor allem bei der bereits in Aussicht gestellten großen Umschuldungsaktion so günstige Bedingungen wie möglich für die Agrarkapitalisten herauszuschlagen.

Doch das Finanzkapital denkt nicht im entferntesten daran, den Großagrariern ohne Gegenleistung Hunderte von Millionen in Form verbilligter Kredite zu schenken. Aber man ist bereit, mit amerikanischen Banken eine Vereinbarung zu treffen, wonach Auslandsanleihen durch die Rentenbankkreditanstalt zwecks Ablösung der kurzfristigen Kredite und Wechsel auch an zweite Stelle vermittelt werden. Es handelt sich hierbei um eine Schuldsumme von 1½ Milliarden Mark, die langfristig gemacht werden soll. Aber man will auch hier keine Totallösung. Man wird zunächst nur solche Betriebe berücksichtigen, die noch „sanierungsfähig" sind und die Gewähr bieten, daß das Geld im Sinne des oben erwähnten Industrialisierungsprogrammes angelegt wird. Das Reich verspricht, bis dahin mit Zwischenkrediten auszuhelfen. Wie hoch diese Zwischenkredite sein werden, hat Schiele nicht verraten. Aber zweifellos wird das Kompromiß zwischen Finanz- und Agrarkapital auf der Linie neuer gewaltiger Liebesgaben geschlossen werden, die aus den Steuergroschen und den Zollabgaben der arbeitenden Massen gepreßt werden. Die SPD. hat bereits durch Hilferding erklären lassen, daß sie unter bestimmten Bedingungen bereit ist, diese Sanierungsaktion zugunsten der Agrarkapitalisten mitzumachen.

Finanz- und Agrarkapital

Die Perspektive ist also folgende: Mit Hilfe des internationalen Finanzkapitals wird auf Kosten der breiten Massen eine allmähliche Sanierung und Rationalisierung der agrarkapitalistischen Großbetriebe angestrebt. Ein Teil der rückständigen Agrarunternehmer gerät hierbei unter die Räder. Für die große Masse aber der kleinen und mittleren Bauern verspricht das Sanierungsprogramm der Bürgerblockregierung und des Landbundes nicht das geringste. Im Gegenteil. Die Industrialisierung der Großbetriebe, die Durchführung der sogenannten Standardisierung wird die großagrarische Konkurrenz gegenüber den arbeitenden Bauern ungeheuer verschärfen. Die bäuerliche Ware wird vom Markte verdrängt; sie muß unter ihren Gestehungskosten verkauft werden. Die Aussicht für den kleinen und mittleren Bauern ist eine langsame Verelendung auf der Scholle.

Für die Arbeitermassen aber bedeutet das Sanierungsprogramm nicht etwa verbilligte Lebensmittel infolge der vermehrten Massenproduktion oder gar die Lieferung besserer Lebensmittel. Durch die immer mehr fortschreitende Umwandlung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in marktbeherrschende Monopolorganisationen wird es dem Agrarkapital möglich, auch unter Ausnutzung der ihm von der Industrie bewilligten Agrarzölle, die Preise im Inland hochzuhalten und die überschüssigen Waren auf den Auslandsmarkt auf dem Wege des Dumpings zu werfen. Für die Landarbeiter bedeutet das Sanierungsprogramm verschärfte Ausbeutung nach dem Muster der rationalisierten Industrie.

Für Arbeiter und arbeitende Bauern ergibt sich aus diesen Tatsachen die doppelte Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen das Bündnis von Agrar- und Finanzkapital, gegen die Liebesgaben- und Zollpolitik der Bürgerblockregierung, für den Sturz dieser Regierung der Junker und Schlotbarone.

Keinen Pfennig Subventionen für die Großagrarier! — Staatshilfe für die bäuerlichen Familienbetriebe und deren genossenschaftliche Zusammenfassung! Energische Unterstützung der Lohnkämpfe des Landproletariats! Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Junker durch die Arbeiter- und Bauernregierung und die sozialistische Industrialisierung der Landwirtschaft nach dem Beispiel Sowjetrußlands!

Edwin Hoernle.

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Solidarität in Arbeiterkämpfen

Vom Dezember 1926 bis Juni 1927 laufen zirka 300 Tarifverträge ab, durch die vier Millionen Arbeiter und Angestellte betroffen werden. Gegen Ende März laufen allein zirka 170 Tarife ab, die 2½ Millionen Arbeiter angehen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in nächster Zeit die Arbeiterkämpfe zunehmen und sich verbreitern werden.

In den letzten Jahren wurden noch immer nur ungenügende Versuche gemacht, um auch die unter reformistischer Leitung stehenden Konsumvereine zu einer Unterstützung der Arbeiterkämpfe zu gewinnen. Oft hat der Glaube an die Erfolge der Arbeit gefehlt und deshalb ist erst gar nicht oder doch nur ungenügend versucht worden, den Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder und der streikenden Arbeiter die reformistische Genossenschaftsbürokratie fühlen zu lassen und sie zu Zugeständnissen zu zwingen. Wir führen nachstehend einige Ergebnisse von Streikunterstützungen an. — Die Aufzählung ist jedoch nicht vollständig:

Beim Kroneberger Metallarbeiterstreik durch K.-V. „Vorwärts-Befreiung" **Barmen-Elberfeld** nur an Mitglieder pro Woche Mann und Frau je ein Brot, jedes zweite Kind ein Brot und ein Pfund Butter für jede Familie.

Beim Hamburger Textilarbeiterstreik durch K.-V. „Produktion" **Hamburg** nur an Mitglieder für Hamburger Betriebe 2500 Brote, für Wilhelmsburg 500 Brote sowie 800 Bons je einer für ein Pfund Butter, ein Pfund Speck, ein Kilo Erbsen, ein Kilo Reis, eine Büchse Milch, ein Pfund Zucker, ein halbes Pfund Kakao, ein Kilo Mehl.

Beim Kölner Metallarbeiterstreik durch K.-V. „Hoffnung" **Köln** an MH. Lebensmittel, Brot, Fett, Hülsenfrüchte zu Einkaufspreisen abgegeben.

Beim Solinger Metallarbeiterkampf durch K.-V. „Hoffnung" **Köln** nur an Mitglieder 2000 Brote, 1000 Pfund Margarine.

Beim Textilarbeiterstreik in Oelsnitz durch K.-V. **Plauen** nur an Mitglieder 3000 Brote, eine Familie ohne Kinder je ein Brot, eine Familie mit Kindern zwei bis drei Brote die Woche. (Ein Antrag 500 Mark der MH. zu überweisen wurde abgelehnt). Durch K.-V. **Schwarzenberg** durch Vermittlung der MH. für alle Streikenden: 5000 Heringe, 100 Kilo Nudeln und Tabak und Zigaretten.

Beim Textilarbeiterstreik in Crefeld durch K.-V. **Crefeld** nur an Mitglieder vier Wochen Brot und Fett.

Beim Mitteldeutschen Bergarbeiterstreik durch K.-V. **Merseburg**: Für zwei Köpfe ein Sechs-Pfund-Brot, für vier Köpfe zwei Sechs-Pfund-Brote, für sechs Köpfe drei Sechs-Pfund-Brote. Gleichzeitig an MH. 1000 Brote und tausend Pfund Margarine zum Selbstkostenpreis geliefert.

Diese und die übrigen — wenn auch noch äußerst mangelhaften — Ergebnisse der Unterstützung von Arbeiterkämpfen durch die Konsumvereine, die auf Grund der Initiative der Opposition und der streikenden Arbeiter erreicht worden sind, findet man in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau", dem Zentralorgan des Z. d. K. nicht zusammengestellt. Es ist das durchaus verständlich, denn von diesen Herren wird selbst eine solche mangelhafte Streikunterstützung nicht gewünscht. Gerade in letzter Zeit wendet sich die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" wieder gegen die Streikunterstützungen und schimpft über „die an der Moskauer Strippe zappelnden deutschen Kommunisten, die wieder einmal die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe benutzen, um die Konsumvereine zu Dummheiten zu verleiten". Der allein freut sich Herr Kasch, daß beim mitteldeutschen Bergarbeiterstreik sich die Konsumvereine „korrekt verhalten haben".

Bei den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen ist es notwendig, **nicht** erst den **Ausbruch** der Streikbewegung abzuwarten, um die Unterstützungsaufgaben der Arbeiterkonsumvereine aufzurollen, sondern schon **vor** dem Ausbruch der größeren Streikbewegungen die Aufgaben der Genossenschaften zu behandeln. Da die meisten Streiks jetzt noch von kurzer Dauer sind, gelang es nicht immer schnell genug, die Mobilisierung der Mitglieder für die Unterstützung der Kämpfe zu erreichen. Wenn deshalb schon vor dem Ausbruch der größeren Streikbewegungen in den Organen der Genossenschaften sowie in den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen die Unterstützungsaufgaben der Genossenschaften behandelt werden, wird es künftighin noch mehr gelingen, den Druck auf die reformistische Bürokratie zu verstärken und sie zu weitergehenden Unterstützungsmaßnahmen zu zwingen.

Die letzten Streikunterstützungen wurden von den reformistisch geleiteten Konsumvereinen nur fast ausschließlich an ihre Mitglieder gewährt. Eine stärkere Propaganda als bisher muß für die Ausdehnung der Unterstützung auf alle kämpfenden Arbeiter geleistet werden. Gerade der Beweis der proletarischen Klassensolidarität der Konsumvereine wird den noch nicht den Genossenschaften angehörenden Arbeitern die Augen öffnen und die Solidarität wird sich als ein gutes Werbemittel für die Gewinnung dieser Arbeiter zu Genossenschaftsmitgliedern erweisen. Bei einer Verstärkung der Arbeit in den Konsumgenossenschaften muß es gelingen, daß diese mehr als bisher in den bevorstehenden Wirtschaftskämpfen ihre proletarische Solidaritätspflicht erfüllen.

„Mustergültige" Arbeitsverhältnisse im Bochumer Konsumverein

Hamburger „Nationalisierungs"-Methoden

Das „Ruhr-Echo" in Essen veröffentlichte am 21. Dezember 1927 ein Protokoll einer Belegschaftsversammlung der im Konsumverein „Wohlfahrt" Bochum beschäftigten Lager- und Transportarbeiter. Anlaß zu dieser Versammlung hat ein Betriebsunfall gegeben, der darauf zurückzuführen ist, daß im Betriebe des Bochumer Konsumvereins — in dem der „große" Friedrich diktiert — die Arbeiter angewiesen werden, ohne Schutzvorrichtungen zu arbeiten und die Unfallverhütungsvorschriften nicht zu beachten. Nach dem erwähnten Protokoll hat der Leiter des Zentrallagers den Arbeitern Anweisung gegeben:

„mit dem Elevator zu fahren, damit sie möglichst schnell in die Etagen gelangen".

„beim Abschalten vom Elevator die Schutzvorrichtungen zu beseitigen, und mit den Händen in den Elevator hineinzufassen, damit der zu transportierende Gegenstand besser erfaßt werden kann".

In der Versammlung wurde ferner festgestellt, daß auf Anweisung dieses Betriebsleiters der Fabrikarbeiter mit über zehn Zentner Uebergewicht belastet wird. Beim Aufsetzen von Säcken hat dieser Mann den Arbeitern erklärt, daß jeder Arbeiter in der Lage sein muß, drei einzelne Zentnersäcke, gleich welchen Inhalts und Höhe, aufzuschichten. Jeden Einspruch der Beschäftigten hat dieser Leutschinder — anders kann man diesen Gehilfen des „großen" Friedrich nicht bezeichnen — damit abgetan, daß er zu bestimmen hat. Als derselbe bei seinen Anweisungen über das Aufsetzen der Säcke von einem Arbeiter darauf hingewiesen wurde, daß man sich dabei sehr leicht Bruchschäden zuziehen könne, hat er geantwortet:

„Wenn du das nicht kannst und nicht machen willst, kannst du nicht in der Genossenschaft beschäftigt werden."

Es genügt natürlich nicht, daß die Beschäftigten — wie sie es in diesem Fall taten — die Beseitigung dieses Menschen von seinem Posten forderten. Sodann ist keine Einzelerscheinung. Die von den reformistischen Führern durchgeführte „Nationalisierung" der Betriebe nach kapitalistischen Methoden hat die Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaftsbetrieben unglaublich verschlechtert. Dadurch hat sich in den Genossenschaftsbetrieben ein System der schärfsten Ausbeutung herausgebildet, gegen das die proletarische Opposition besser angekämpft hat. Die in den Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten müssen gemeinsam mit der Opposition gegen die reformistischen Führer und ihre „Nationalisierungs"-Methoden kämpfen. Ohne eine proletarische Genossenschaftspolitik gibt es in den Genossenschaftsbetrieben auch keine vorbildlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kampf den Werkskonsum-Anstalten

Wir haben bereits in unserer letzten Nummer über den Kampf gegen die Werkskonsumanstalten geschrieben. Die Opposition hatte für den Genossenschaftstag 1927 in Essen in der Broschüre „Konsumvereine und Klassenkampf" folgenden Vorschlag über die Werkskonsumanstalten gemacht:

„In Verbindung mit den Werkgemeinschaften, Werkschutzvereinen usw. spielen in letzter Zeit auch wieder die sogenannten Werkskonsumvereine eine größere Rolle. Die Konsumvereine stehen heute zum größten Teil den sogenannten Werkskonsumvereinen viel zu passiv gegenüber.

Um eine größere Kampfagitation gegen die Schädigung der Arbeiterschaft und der Arbeiterkonsumvereine durch die sogenannten Werkskonsumanstalten durchzuführen, hält der Genossenschaftstag in Essen für erforderlich:

1. Durch den Vorstand des Z. d. K. eine größere statistische Rundfrage über das Bestehen, den Einfluß und das Wirken der Werkskonsumanstalten durchzuführen. Dabei soll u. a. festgestellt werden, wie die Preise der Waren sind, wie die Qualität ist, ob und welchen direkten und indirekten Einfluß die Arbeiter auf die Verwaltung besitzen. — Wie die finanzielle Beteiligung der Arbeiter ist, die Bezahlung erfolgt usw. Gleichzeitig soll dabei festgestellt werden, mit welchen Mitteln bisher der Kampf gegen die sogenannten Werkskonsumanstalten geführt wurde.

2. Zur Herausarbeitung einer guten Taktik, zur Bekämpfung der verschiedenen Arten der Werkskonsumvereine soll in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" dieses bezügliches Material veröffentlicht werden. Die Redaktion ist zu verpflichten, daß alle bisher gesammelten Erfahrungen und Beiträge, die die Kampfmethoden gegen die Werkskonsumvereine behandeln, auch wirklich abgedruckt werden."

Selbstverständlich wurde auch dieser Vorschlag der Opposition auf dem Genossenschaftstag nicht akzeptiert. Wir haben bereits in der letzten Nummer darauf hingewiesen, wie die reformistischen Führer glauben, gegen die Werkskonsumanstalten mit geschäftlichen Konkurrenzmitteln anzukommen und gezeigt, wie der Kampf gegen die Werkskonsumanstalten zu führen ist.

In allen Konsumvereinen, in deren Nähe sich Werkskonsumanstalten befinden, müssen die proletarischen Genossenschaftsmitglieder die Initiative für einen wirklichen Kampf gegen die Werkskonsumanstalten ergreifen. In den Verwaltungssitzungen soll die Durchführung von statistischen Rundfragen verlangt werden. Gleichzeitig muß gefordert werden, daß gemeinsame Ausschüsse der Gewerkschaften, Betriebsräte und Genossenschaften zum Kampf gegen die Werkskonsumanstalten eingesetzt werden.

Noch immer wird von den reformistischen Genossenschaftsführern **nichts**

gegen den Steuerraub der Bürgerblockregierung

getan. Mobilisiert die proletarischen Genossenschaftsmitglieder zum Kampf

gegen die Heranziehung der Genossenschaften zur Gewerbesteuer,
für die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer,
gegen die Verbrauchssteuern und Lohnsteuern,
für die Herabsetzung der Massensteuern und die stärkere Belastung der Besitzenden.

Vertreterwahl in Essen

Für 59 Verteilungsstellen des Essener Bezirks des K.-V. „Eintracht" fanden am 18. Dezember die Neuwahlen der Genossenschaftsräte und Vertreter statt. In 14 Verteilungsstellen wurden die reformistischen Listen ohne Stimmabgabe gewählt; in elf von diesen waren die Listen der Opposition aus wichtigen Gründen für ungültig erklärt worden. Bei der Wahl in den 45 Verteilungsstellen erhielten die Listen der Opposition 1489 Stimmen und 47 Vertreter, die Listen der SPD. 2323 Stimmen und 113 Vertreter, einschließlich der Vertreter für die 14 Verteilungsstellen, in denen keine Stimmenabgabe erfolgte. Gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1924 hat die Opposition ihre Stimmenzahl um 206 gesteigert; die Reformisten verloren 613 Stimmen.

N. Popow: „Die Konsumgenossenschaft in der Sowjetunion."

In der 72seitigen Broschüre gibt der Verfasser ein anschauliches Bild über die Rolle der Genossenschaften im Zarismus und den verschiedenen Epochen der proletarischen Revolution. Er behandelt den organisatorischen Aufbau, die wirtschaftliche und politische Bedeutung beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und über die Arbeit, die die Sowjetgenossenschaften zur Hereinziehung der breiten Massen zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und in allgemeiner kultureller Hinsicht leisten. Jeder Genossenschaftsfunktionär, wie jeder, der sich über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften im Aufbau der sozialistischen Wirtschaft Sowjetrußlands unterrichten will, muß sich die Broschüre beschaffen. Dieselbe ist im Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien 1927 erschienen und in allen Arbeiterbuchhandlungen zum Preise von 50 Pf. erhältlich.

Reformistische Gewerkschaftsführer über die Unternehmermanieren der Genossenschaftsbürokratie

Im November fand in Wernigerode eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der Bäcker und Transportarbeiter der Genossenschaften des mitteldeutschen Revisionsverbandes statt. Hier wurde auch durch Vertreter der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Auffassung der proletarischen Genossenschaftsangestellten über die Unternehmermanieren der Genossenschaftsbürokratie bestätigt. Nach einem Bericht des Deutschen Bäckerverbandes, Gau Magdeburg, erklärte **Drechsler**:

„Daß bis zum Jahre 1925 ein Reichstarifvertrag mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine bestanden hätte. Derselbe sei aber nach Ablauf nicht wieder erneuert. Versuche mit dem Revisionsverband mitteldeutscher Konsumvereine, zu einem Vertragsverhältnis zu kommen, seien an dem Widerstand der führenden Kollegen des mitteldeutschen Revisionsverbandes gescheitert. Drechsler schildert aus seinen persönlichen Erfahrungen heraus, wie widerwärtig sich die Vorstandsmitglieder des Revisionsverbandes benommen hätten."

Als Vertreter des Bundesvorstandes des Deutschen Verkehrsbundes sprach **Werner, Berlin**, der u. a. ausführte:

Im Jahre 1924 hätte sich der Genossenschaftstag in Ulm mit der Frage des Weiterbestehens des Reichsrahmentarifs beschäftigt, es sei aber lediglich der Beschluß zustande gekommen, den Tarif zu kündigen, und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, Verschlechterungen einzuführen. Kleinere Differenzen, wie sie in einzelnen Genossenschaften vorgekommen seien, wären von der Genossenschaft in den Vordergrund geschoben, um den Abschluß eines neuen Reichsrahmentarifes zu verhindern. Auf dem Genossenschaftstage in Stettin im Jahre 1925 stellte man uns vor die Frage: Vogel, friß oder stirb. Dabei wären die Streitpunkte, die hauptsächlich in der sogenannten Einstellungsfrage und in der Anerkennung des Tarifes durch alle Vereine bestanden, leicht zu überbrücken gewesen, aber man wollte einfach nicht; ja das Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Genosse **Kasch**, verstieg sich zu der ungeheuren Behauptung, die Organisationen der Bäcker und Transportarbeiter seien unfähig. Dann kam die berüchtigte Parole des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an die einzelnen Revisionsverbände, ja keinen Bezirkstarif abzuschließen, sondern höchstens Einzeltarife, deren Bestimmungen sich eng an die bestehenden Tarife der privatkapitalistischen Betriebe anglichen hätten. Sollten sich die Gewerkschaften weigern, solche Tarife zu billigen, so sollten die gesetzlichen Wege beschritten werden. Auch dürfte nicht mehr gemeinsam mit den Bäckern und Transportarbeitern verhandelt werden. Trotz dieses unkameradschaftlichen Verhaltens der Spitzenorganisationen der Konsumvereine sei es gelungen, Bezirkstarife abzuschließen. Zuerst im Rheinland und Westfalen. Zur Zeit seien sechs Bezirkstarife zum Abschluß gebracht. Diese unterschieden sich nicht wesentlich von dem alten Reichstarif, nur in den Bestimmungen über die Auslegung des Paragraph 616 des BGB. seien kleinere Konzessionen gemacht worden. Kollege Werner schildert dann, auf welche Schwierigkeiten er persönlich bei den Verhandlungen mit dem südwestdeutschen Revisionsverband gestoßen sei. Der Geschäftsführer dieses Verbandes hatte den Schlichtungsausschuß angerufen, der gefällte Spruch sei von den Gewerkschaften abgelehnt, dann sei die Verbindlichkeitserklärung beantragt, aber das Reichsarbeitsministerium hätte den Spruch nicht für verbindlich erklärt (!)".

Der Verbandsvorsitzende der Devog, **Diermeier**, gab die Erklärung ab, daß der Zustand in Mitteldeutschland unerträglich sei. In vielen Fällen beriefen sich die kleinen Bäckermeister auf den tariflosen Zustand in den Konsumvereinen. Früher seien die Genossenschaften stolz auf ihre mustergültigen Tarifverträge gewesen. Immer wieder hätten sie erklärt, daß die Leistungsfähigkeit der Vereine durch die Tarifverträge gehoben wäre, heute jedoch wehe scheinbar bei den führenden Männern der Genossenschaftsbewegung ein reaktionärer Wind."

Die Vertreter der Opposition waren es, die sowohl auf dem Genossenschaftstag 1924 in Ulm, als auch 1925 in Stettin und 1926 in München gegen diese reaktionäre Politik der reformistischen Genossenschaftsführer aufgetreten sind. In allen Konsumvereinen muß bei der rücksichtslosen Kritik dieser „Nationalisierungsmethoden" die Mitgliedschaft für die Durchführung der Forderungen der Opposition auf dem Genossenschaftstag 1927 in Essen gewonnen werden:

Erweiterung des früheren Reichsrahmentarifes;
Einstellung der Propaganda für die Aufhebung des Nachtbackverbots;
Beseitigung der Akkordarbeit und der Beschäftigung gegen Umsatzprovision;
Beseitigung der übermäßigen Beschäftigung von Aushilfskräften und feste Anstellung der dauernd notwendigen Arbeitskräfte;
Abbau der hohen Vorstandsgehälter und Angleichung derselben an die Gehälter der Lagerhalter.

Breslau

Bergmanns Helfer in Breslau

Ein Oberregierungsrat schwer kompromittiert

Wie gemeldet wird, hat Bergmann auch in Breslau zahlreiche kleine Sparer geschädigt. Die Betrügereien glückten dem Schwindler dadurch, daß er zu seinen Kunden Personen zählte, die auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellungen Vertrauen genossen und leichtfertig günstige Auskünfte über das Unternehmen Bergmanns gaben. Ob diese Referenzen für ihre Auskünfte von Bergmann Bestechungssummen erhielten, ist — soweit schlesische „Kunden" in Betracht kommen — bisher nicht festgestellt worden. Jedenfalls ist es Tatsache, daß ein Breslauer Oberregierungsrat — dessen Name schamhaft verschwiegen wird, für eingezahlte 17 500 Mark

monatlich Zinsen in Höhe von 700 Mark

erhielt, ohne danach zu fragen, ob eine solche Zinsenzahlung bei ehrlicher Geschäftsgebarung möglich ist. Wie seinerzeit die ersten Klantenutznießer, so haben offenbar auch die in hohen Stellungen sich befindlichen Kunden des Bergmann sich keine Skrupel darüber gemacht,

daß den Letzten die Hunde beißen,

und ihr Zinsgenuß sich auf Betrug der Naiven aufbaut.

*

Ueber den Aufenthalt Bergmanns in Breslau wird folgendes berichtet: „Ueber den letzten Aufenthalt Bergmanns in Breslau wird bekannt, daß er am vergangenen Dienstag mit Ohnstein, einem seiner Mithelfer, hier eintraf und in einem ersten Hotel abstieg. Von dort benachrichtigte er seine Breslauer Filiale und bestellte ein in der Niederlassung beschäftigtes Bürofräulein, mit dem er befreundet war, zu sich. In Berlin mußten die Freundinnen feststellen, daß Bergmann und Ohnstein in ihr Geschäft Unter den Linden gegangen und nicht mehr zurückgekehrt waren. Aus den Zeitungen erfuhren die Mädchen erst von der Verhaftung der beiden. Da allen die Sache nun brenzlich wurde, beschlossen sie, nicht mehr mit der Bahn, sondern im Auto nach Breslau zurückzufahren."

Die Kirche in der Defensive

Nachdem die evangelische Kirche vor einigen Wochen in allen Stadtteilen Versammlungen mit dem Thema „Ist die Kirche arbeiterfeindlich?" einberufen hatte, versuchen nun auch die Katholiken den wachsenden Austritten zu begegnen. Nach den schlechten Erfahrungen, die ihre evangelischen Amtsbrüder mit öffentlichen Versammlungen und Diskussionen gemacht hatten, bedienen sie sich allerdings vorsichtigerer Methoden. Diskussionen gibt es nicht, dafür Abendvorträge in allen katholischen Pfarrkirchen. Themen: Was hast Du an der Kirche? Die Unvergänglichkeit der Kirche und Abfallsbewegung der Gegenwart. Kirche und Kirchensteuer. Die Schönheit der katholischen Kirche. Und in den Einladungen heißt es im Stile der Heilsarmee: Rettet Eure Seelen. Niemand sollte die Vorträge versäumen. Der Katholik lernt durch sie den Reichtum seiner Kirche kennen, der Fernstehende und Ausgetretene hört hier von berufenster Seite, welche Geistes- und Kulturmacht die katholische Kirche ist. Mit jedem Vortrag ist Gottesdienst verbunden, um die eventuellen reuigen Sünder, über die mehr Freude im Himmel als über zehn Gerechte ist, in den Schoß der allein seligmachenden Kirche aufzunehmen. Vergebliche Mühe! Die Ausgeschiedenen sind hartgesottene Sünder allzumal. Da sind die Pfaffen in Patschkau doch gescheiter. Sie betrachten die Ausgeschiedenen als für die Kirche tot und lassen für sie Messen lesen.

Was ist mit Oberpräsident Zimmer?

Die Gerüchte, nach denen der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer von seinem Posten zurücktreten will, verstummen nicht. Allerdings wird amtlich dazu gesagt, daß Zimmer nicht zurücktreten werde, sondern nur in einen „Erholungsurlaub" gehe. Man darf dennoch darauf gespannt sein, ob Herr Zimmer aus diesem Urlaub an seinen Posten noch zurückkehren wird.

Sind die Löhne der Hutarbeiter ausreichend?

Am Mittwoch fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung des Hutarbeiterverbandes statt, in der zum ersten Tagesordnungspunkt der Sozialdemokrat Ludwig einen Bericht über seine Rußlandreise mit der zweiten Arbeiterdelegation gab. Auf den Vortrag wollen wir nicht eingehen, weil wir bereits des öfteren Gelegenheit nahmen, über den Arbeiterstaat und die Berichte der verschiedensten Rußlanddelegierten zu schreiben. Nach Entgegennahme der Kassenberichte kam man zum Punkt Verschiedenes, in dem der Verbandsangestellte Adler einige Mitteilungen machte und insbesondere zur Stärkung des Verbandes und besserem Besuch der Versammlungen ermahnte. In der Aussprache stellte eine Kollegin den Antrag, den Bundesvorstand des ADGB. aufzufordern, für die Herstellung der Gewerkschaftseinheit mit den russischen Gewerkschaften zu wirken. Der Antrag verfiel leider der Ablehnung. Warum? Nun, weil der Versammlungsleiter es nicht für nötig hielt, bei dieser Frage länger zu verweilen, so daß ein großer Teil völlig im unklaren über den Gegenstand der Abstimmung war und sich der Stimme enthielt. Recht interessant waren die Ausführungen des Kollegen, der gegen den Antrag sprach. Er sagte etwa folgendes: „Unsere Führer, die im Bundesvorstand sitzen, sind bestimmt klüger als wir, die einfachen Mitglieder. Deshalb brauchen wir sie nicht zu irgendeiner Handlung aufzufordern, denn sie wissen schon selbst, was sie zu tun und zu lassen haben." Dieser Kollege weiß wahrscheinlich nicht, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern abgeschlossen, sich mit Arbeitszeitverlängerungen einverstanden erklärt hatten und auch jetzt noch vor jedem verbindlichen Schiedsspruch kapitulieren. Alles Handlungen, die die Arbeiterschaft den Unternehmern ausliefert, weil sie ein Verzicht auf den Klassenkampf bedeuten. Interessant war auch die wiederholte Behauptung des Kollegen Adler, daß Wochenlöhne von 33 bis 43 Mark (in der Spitze) ausreichend seien. Adler, der den Eindruck des Rußlandberichters zu verwischen versuchte, behauptete, daß die Löhne der Hutarbeiter und Hutarbeiterinnen nur dann nicht ausreichend seien, wenn die Kolleginnen auf die tarifliche Entlohnung verzichten. Eine sonderbare Ansicht! Nicht jede Hutarbeiterin verdient 33 und 43 Mark. Der Durchschnittslohn liegt bedeutend darunter. Von dem Lohn gehen noch die vielen Abzüge ab. Aber auch ein Nettolohn von 43 Mark wöchentlich würde dem Arbeiter mit Familie nicht erlauben, die elementarsten Bedürfnisse auch nur annähernd zu befriedigen. Die rationalisierten Betriebe in Deutschland machen die Zahlung eines höheren Lohnes in Deutschland möglich. Soll etwa die Behauptung des Kollegen Adler bedeuten, daß er dem zur Erzielung eines höheren Lohnes notwendigen Kampf aus dem Wege gehen will? In der Frage des Achtstundentages vertrat Adler die Auffassung, daß, sobald kein Arbeiter freiwillige Ueberstunden macht, wir, ähnlich wie in Rußland, den restlosen achtstündigen Arbeitstag haben werden. Er mußte sich von einer Kollegin sofort belehren lassen, daß nach dem Tarifvertrag der Arbeitgeber die neunte Stunde einfach anordnen kann.

Die Hutarbeiter haben alle Veranlassung, nicht alle Hoffnungen auf die Führer zu setzen. Es gilt, selbst Hand anzulegen, die Versammlungen besuchen, über alle Fragen nachdenken und durch Beschlüsse der Mitgliedschaft den Führern Anweisungen zu geben. Nur so wird es auch den deutschen Hutarbeitern möglich sein, den Achtstundentag und auskömmliche Löhne zu erringen und dann auch Kollegen aus ihren Reihen auf die Posten der roten Direktoren zu entsenden.

Lügen gegen die Rote Hilfe

Am Sonnabend veranstaltete die Ortsgruppe Schwoitsch der Roten Hilfe eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Vogel über seine Rußlandreise berichtete. Der Redner ging ausführlich auf die Verhältnisse in den russischen Gefängnissen ein. In der Diskussion meldete sich der Vorsitzende des Breslauer Staats- und Gemeindearbeiterverbandes, Blank, ein Parteigenosse des Genossen Vogel, zu Wort. Er behauptete, daß die Rote Hilfe keine Kontrolle über ihre Einnahmen besitzt und deshalb Gelder für Rußlanddelegierte verschwinden. Seine ganze Diskussionsrede war nur eine wüste Kommunistenhetze. Genosse Vogel wies im Schlußwort diese lügenhaften Behauptungen zurück. Die Rote Hilfe Deutschlands hat im Reichsmaßstabe zwei Delegierte zur Zehnjahresfeier der russischen Revolution entsandt. Die Unkosten sind aus der Kasse des Zentralvorstandes in Berlin bestritten worden, und nicht durch Sammlungen aufgebracht worden. Demzufolge kann auch kein gesammeltes Geld verschwinden. Die Kommunistenhetze, die Blank betrieb, und die Lügen, die er gegen die Rote Hilfe verbreitete, werden die Schwoitscher Arbeiter nicht abhalten, sich dem Solidaritätswerk der Roten Hilfe anzuschließen.

Nette Umgangsformen eines Polizeibeamten. Gestern 17,30 Uhr verjagte der Oberwachtmeister Ernst einen Bettler von dem Pflaster des Ringes. Da sich Publikum ansammelte, wurde der Polizeibeamte nervös und brüllte einen 17jährigen Tischlerlehrling an: „Mach daß du weitergehst!" Trotzdem der Lehrling dieser Aufforderung nachkam, wurden ihm noch von dem Schupo „ein paar in die Fresse" angeboten. Ein Genosse, der sich mit Recht über diesen skandalösen Ton des Polizeibeamten aufhielt, wurde mit zur Wache genommen. Hoffentlich finden die Herren den Mut zu klagen, denn dann dürfte noch an anderer Stelle der Schnauzton des Herrn Ernst zur Sprache gebracht werden. Von unserem „demokratischen" Polizeipräsidenten ein Einschreiten gegen solche für den Verkehr mit dem Publikum vollkommen ungeeignete Beamte zu verlangen, ist ja sowieso zwecklos.

Kriminelle Wochenstatistik. In der Woche vom 22. bis 28. Januar wurden 55 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Einbruchsdiebstahl drei, einfachem Diebstahl (darunter wegen Fahrrad-, Taschen- und Ladendiebstahl) zehn, Betrug zwei, Unterschlagung zwei, Münzverbrechen bzw. -vergehen eine, Sittlichkeitsverbrechen bzw. -vergehen zwei, Körperverletzung zwei, Sachbeschädigung eine, Arbeitsscheu 18, Steckbrieflich gesuchte eine, Schutzhaft acht, Zuwiderhandlungen gegen die Paß- und Meldevorschriften zwei.

Einziehung eines Weges. Auf Antrag der hiesigen Schlacht- und Viehhofdeputation wird beabsichtigt, den Teil der Promnitzstraße, der am Pferdemarktplatz liegt, und zwar vom Beginn des Pferdemarktplatzes bis zur Weistritzstraße, als öffentlichen Weg einzuziehen. Einsprüche sind an das Büro An der Elisabethkirche 3/4, Zimmer 50, zu richten.

Ermittelt wurde das 16 Jahre alte Lehrmädchen Frieda Schwitalla, Westendstraße 88 wohnhaft, die vor einigen Tagen als vermißt gemeldet worden war.

Der Breslauer Flugplatz als „Flughafen" anerkannt. Durch Erlaß des Reichsverkehrsministers, des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe und des Ministers des Innern ist der Breslauer Flugplatz, der bisher als „Verkehrslandeplatz" geführt wurde, als „Flughafen" anerkannt worden. Dadurch ist seine Betriebsmöglichkeit erweitert worden. Es können jetzt nicht nur Flugschüler auf dem hiesigen Flughafen ausgebildet werden, sondern diese Schüler können in der sogenannten Flughafenzone unseres Flughafens auch ihre Prüfung ablegen. Ferner dürfen jetzt innerhalb der Flughafenzone Flugzeuge geflogen werden, die noch nicht zugelassen sind. Es steht zu erwarten, daß im kommenden Sommer das Anfliegen des Breslauer Platzes durch Sport- und Schulmaschinen noch häufiger erfolgt als bisher. Da die Ausmaße unseres Flughafens den behördlichen Forderungen genügen, kann jetzt Breslau von allen Flugzeugtypen angeflogen werden. Für etwaige Nachtlandungen sind weitere Verbesserungen vorgesehen. So werden in den nächsten Wochen Hindernisbeleuchtungen an dem etwa 96 Meter hohen Schornstein der Linke-Hofmann-Werke und an dem 45 Meter hohen Schornstein der Dampfziegelei Pfeffer, Pringsheim u. Co. in Klein-Gandau angebracht. Die Ausführung dieser Arbeiten wird genau so erfolgen wie die der bereits bestehenden Hindernisbeleuchtungen, die sich bewährt haben und vorbildlich sind.

Mittelschlesien

Neumarkt. „Aus einer Kleinstadt." Der Kastellan Grellert sendet uns unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung, die den Anforderungen des Gesetzes nicht entspricht. Trotzdem geben wir aus Loyalitätsgründen den wesentlichen Inhalt seiner Berichtigung wieder. Herr Grellert behauptet 1. daß er nicht — wie behauptet wurde — Kastellan des Gymnasiums ist und auch kein Monatsgehalt von 120 Mark, freie Wohnung, Feuerung und Licht bezieht; 2. daß seiner Frau die Aufwartung im Gymnasium übertragen worden ist, diese aber kein Monatsgehalt von 120 Mark bezieht; 3. daß er als Stadtrat nicht, wie in Nr. 24 der „Arbeiter-Zeitung" behauptet wurde, 1000 Mark jährlich beziehe, sondern weder diesen Betrag noch sonst irgendeinen Pfennig Sitzungsgelder erhalte.

Militsch. Immer wieder fehlende Warnungstafeln. Einen schweren Unfall erlitt der Bauunternehmer Scholz aus Duchawe mit seinem Motorrad auf der neuen Chaussee Wedelsdorf—Charlottenthal. Er fuhr an einer unübersichtlichen Kurve, die durch eine Warnungstafel nicht gekennzeichnet war, in eine Chausseeschranke hinein und stürzte kopfüber auf den Schotter. Scholz erlitt eine Brustquetschung und eine schwere Verletzung des Hinterkopfes.

Brieg. Drei Kinder in Lebensgefahr. Als sich Schulkinder mit Rodeln vergnügten, fuhren zwei aus Piastenthal stammende Schüler auf die Eisdecke des Teiches. Diese brach ein und beide fielen ins Wasser. Der zu Hilfe eilende Sohn des Lehrers Runte geriet unter eine Eisscholle. Dem herbeigerufenen Vater des Runte gelang es, alle drei Kinder zu retten.

— Plötzlicher Tod. Der Reisende J. Heß aus Breslau erlitt im Wartesaal vierter Klasse des Bahnhofes einen Gehirnschlag und starb auf dem Transport nach dem Krankenhause.

Strehlen. Eine Leiche ausgegraben. Hier fand man das Grab der vor einer Woche beerdigten Milchkutschersfrau Wicke wieder aufgeschaufelt und die Leiche bloßliegend im Sarge, dessen Deckel abgehoben war.

Rothsürben. Selbstmord. Erhängt hat sich in ihrer Wohnung die Witwe des Schuhmachermeisters Wicke, nachdem ihr Mann am Vortage beerdigt wurde. Sie wollte schon bei der Beerdigung am Sonntag ihrem Manne ins Grab nachspringen.

Peisterwitz. Ausmarsch des RFB. Am Sonntag trat der RFB. zum ersten diesjährigen Landpropagandamarsch an. Dieser führte bei guter Beteiligung nach Steindorf und Minken. Ersteres ist durch seine sozialdemokratische Alleinherrschaft bekannt. Deshalb ist es auch nicht möglich, ein Lokal zu bekommen, weil die Gastwirte alle eingeschüchtert (demokratisch!) sind. Der letztere Ort besitzt eine klägliche Stahlhelmortsgruppe. Diese Helden ließen sich bei dem Durchmarsch überhaupt nicht sehen; erst als die Kapelle mitten im Dorf konzertierte, wollten vier solcher „wehrhafter Siegfriede" einen unserer zurückgebliebenen Zeitungsverkäufer „ins Genick schlagen". Aber auch dazu hatten sie keinen Mut, denn heran traute sich keiner. Beim Ausmarsch wurden Flugblätter verteilt, 37 Broschüren und 5 Postkarten für die RH., 28 „AJZ." und 20 „Rot-Front"-Zeitungen wurden verkauft.

Aus aller Welt

Schneeverwehungen in Norwegen.

Ueber Norwegen sind in den letzten Tagen ungeheure Schneeverwehungen niedergegangen. Der Verkehr in den Straßen Oslos ist fast unmöglich und eine ganze Reihe von Menschen sind durch die von den Dächern herabstürzenden Schneemassen verletzt worden. An nicht weniger als 1800 Stellen ist das Telephonnetz zerrissen. Bei Moß drückte der Schnee einen 40 Meter langen Schuppen ein und zerstörte dabei 30 bis 40 Motorboote.

Beim Feuermachen mit Petroleum verbrannt

Nach einer Meldung aus Saarbrücken wurde die Familie des Chauffeurs Friedrich Hartmann in Walsheim von einem schweren Unglück betroffen. Die Frau benutzte Petroleum zu Feueranmachen. Die Flamme schlug plötzlich aus dem Ofen zurück und setzte die Kleider der Frau in Brand. Auf die Hilferufe der lichterloh brennenden Frau eilte der Mann herbei und versuchte die Flammen zu ersticken. Leider kam die Hilfe zu spät. Nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb die Frau. Der Mann selbst erlitt bei seinem Rettungsversuch lebensgefährliche Brandwunden.

Durch einen „Scherz" ums Leben gekommen

Ein trauriges Ende fand ein dummer Scherz, den sich ein paar Jungens in Liebau erlaubt hatten. Sie spannten auf einem Landweg eine Schnur, und zwei Schwestern, die das Hindernis in der Dunkelheit nicht gewahr wurden, fielen darüber. Als sie in die elterliche Wohnung zurückkehrten, klagte die eine bereits über heftige Kopfschmerzen. Der andern Tags herbeigerufene Arzt konnte nicht mehr helfen, bei seinem Eintreffen fand er nur eine Leiche vor. Bei der Toten handelt es sich um die vierzehnjährige Tochter des Ackerkutschers Stiller.

Stürme im Atlantik

Die Stürme der letzten vierzehn Tage über dem Atlantik sind noch nicht abgeflaut. 13 Passagierdampfer haben drahtlose Mitteilungen entsandt, daß sie mit beträchtlicher Verspätung eintreffen werden. Die Passagierschiffe mittlerer Größe sind bis zu vier oder fünf Tagen überfällig. An der Küste von Neujersey sind durch den Sturm zwei Kohlenbarken abgetrieben worden und später untergegangen. Man nimmt an, daß die aus acht Köpfen bestehenden Besatzungen ertrunken sind.

Vom Erstickungstod gerettet

Die Berliner Feuerwehr wurde am Dienstag, gegen 10 Uhr abends, nach Yorckstraße gerufen. Dort hatte sich auf dem Treppenflur des Vorderhauses ein überaus starker Gasgeruch bemerkbar gemacht. Das Gas kam aus einem Laden. Da der Inhaber nicht anwesend war, mußten sich die Feuerwehrleute gewaltsam Einlaß verschaffen. Der Gashahn war geöffnet und große Gasmengen konnten ungehindert entweichen. Vorsichtshalber wurde in den daneben und darüber liegenden Wohnungen nachgeforscht, ob die Gase nicht Unheil angerichtet hätten. Tatsächlich wurde in der Wohnung des Verwalters die Frau und zwei Kinder durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr waren von Erfolg. Doch mußten alle drei ins Krankenhaus überführt werden.

Arbeitersport

Freie Turnerschaft. Generalversammlung Sonntag 16,30 Uhr im städtischen Jugendheim An der Matthiaskirche 2. Die Spiele der Handballmannschaften finden nur vormittags statt. Nachmittags ist alles spielfrei.

Zweite Männer-Abteilung. Heute Freitag Abteilungsversammlung. Auch die Handballspieler müssen anwesend sein.

Nordost. Notizen stets so senden, daß sie an den Tagen des Sportteils (Montag, Dienstag, Freitag) gebracht werden können. Notiz für Donnerstag kam erst Dienstag an.

Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Freitag 20 Uhr bei Rother, Matthiasstraße 35, Monatsversammlung.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde". Freitag Zusammenkunft. Jeder rechnet alle Karten ab.

Freie Sportvereinigung 1897. Sonnabend 20 Uhr bei Baude, Weißenburger Platz 4, Mitgliederversammlung.

Nieder-Salzbrunn. Spielberichte. Am vergangenen Sonntag wurden folgende Resultate erzielt: Eiche Schüler — Freiburg Schüler 1 : 0 für Freiburg; Eiche 1. Jgd. — Freiburg 1. Jgd. 1 : 0 für Eiche Jgd.; Eiche erste Elf — Konradswaldau erste Elf 4 : 1 für Eiche erste Elf. Am kommenden Sonntag weilen alle drei Mannschaften von Eiche bei ATV. Saarau zu Gaste. Abfahrt mit dem Zuge um 9,35 Uhr von Nieder-Salzbrunn.

Zirlau. Spielergebnisse. Die am Sonntag ausgetragenen Spiele hatten folgende Resultate: Stern Jgd. — Saarau Jgd. 1 : 4; Stern I — Saarau I 3 : 1. Am nächsten Sonntag sind zwei Mannschaften und die Jugend spielfrei. Die erste Elf fährt nach Groß-Rosen und spielt dort gegen Falke 1020 I. Abfahrt mit dem Zuge 10,04 Uhr von Zirlau. Für Sonntag, den 12. 2., sind die Jugend und die erste Mannschaft des Arb.-Sportv. Sturm Liegnitz nach hier verpflichtet. Das Spiel der ersten Mannschaften dürfte besonders interessieren, da unsere erste Elf in anderer Aufstellung sich zeigen wird als wie bei den letzten Spielen. Die Aufstellung der Mannschaften soll in der am heutigen Freitag stattfindenden Monatsversammlung erfolgen und ist deshalb Erscheinen Pflicht.

Nieder-Hermsdorf. Freier Sportverein Hochwald 1927. Sonntag weilten die Jugend und die erste Mannschaft von Weißstein in Hermsdorf. Um 1 Uhr stieg das Spiel der beiden Jugendmannschaften, das beim Schlußpfiff des Schiedsrichters 5:0 für Hermsdorf stand. Weißsteins erste Mannschaft trat ersatzgeschwächt gegen Hermsdorfs zweite Mannschaft an und erstere entschied das Treffen mit 2:0 für sich.

Von der Firma Lombardhaus Salvatorplatz 3/4 werden wir gebeten mitzuteilen, daß sie mit dem zusammengebrochenen Bergmannunternehmen nichts zu tun hat.

Waldenburger Bergland

Pflüge bei der Staatsanwaltschaft angezeigt

Waldenburg, 3. Februar. Wie wir erfahren, ist gegen den fristlos entlassenen Geschäftsführer von der Waldenburger Bauhütte, Pflüge, bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Konkursvergehen, Untreue und Urkundenfälschung erstattet worden. Pflüge streitet jegliche Schuld ab. Die erste Gläubigerversammlung findet am 20. Februar statt. Durch den Konkurs der Bauhütte sind außer zahlreichen kleinen Handwerkern auch die Gemeinden und Gewerkschaften in Mitleidenschaft gezogen, da sie an dem Unternehmen beteiligt waren. Auf das Resultat des Gerichtsverfahrens darf man gespannt sein. Hoffentlich wird es ein klares Bild über das Geschäftsgebahren der Bauhüttenleitung bringen.

Was sagt das Oberbergamt dazu?

Ein Waldenburger Bergmann schreibt uns: Der Verwaltungsbezirk des Oberbergamts Breslau hat unterm 26. August 1926 eine neue Bergpolizeiverordnung über die Befugnis zur Hauer- und Schießarbeit herausgegeben. Die Richtlinien dieser Verordnung sehen vor: A. Praktische Ausbildung vor sämtlichen vorkommenden Arbeitsorten. 1. Förderung sowohl von Hand als auch maschinell in Strecken und Stapeln. 2. Gesteinsarbeiten in Strecken und Stapeln. 3. Vortrieb in Grundstrecken. 4. Abbau möglichst im Steilen sowohl wie im Flachen, vor Kohle und im Versatz. 5. Reparatur in Strecken und Stapeln. Unter B. folgen Richtlinien über Themen bei dem theoretischen Unterricht und die dazu benötigte Stundenzahl.

Nun haben im Dezember 1927 und Januar 1928 auf den einzelnen Gruben die Prüfungen durch Werksbeamte stattgefunden. Die Prüfungen selbst beschränkten sich auf das im theoretischen Unterricht Erlernte. Das vorgesehene halbe Jahr praktischer Ausbildung unter Tage ist fast restlos vernachlässigt worden. Warum wohl? Weil diese Arbeiten zum größten Teil an Zwischenunternehmer vergeben werden. Die Zwischenunternehmer wandern von Grube zu Grube und nehmen ihre Leute mit. Sie übernehmen auf allen Gruben den Vortrieb längerer Grundstrecken, den Aufbruch von Stapeln und sonstige Gesteinsarbeiten in Strecken und Querschlägen. Also haben die nicht bei den Zwischenunternehmern beschäftigten Leute keine Gelegenheit zur Ausbildung in den dazu gehörenden Arbeiten, während andererseits die Unternehmerarbeiter keine Gelegenheit bekommen, vor Kohlbetrieben ihre praktische Ausbildung zu bekommen.

Die Antreiberei und die Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Unfallverhütungsvorschriften ist bei den Zwischenunternehmern besonders groß.

Vielleicht interessiert sich das Oberbergamt für diese Angelegenheit. Die Befolgung der Verordnung vom 26. 8. 1926 kann nur durch Beseitigung der Zwischenunternehmer und des Antreibersystems garantiert werden.

Groß-Waldenburg

* **Vom Schicksal heimgesucht** wurde die Familie des Gastwirts Ermer von hier. Der eine Sohn, der als Oberschütze bei der Reichswehr in Schweidnitz diente, bekam von einem Pferde einen derart heftigen Hufschlag, daß er besinnungslos liegen blieb. Aus der anfänglich bedeutungslos erscheinenden Wunde wurde eine Hirnhautentzündung, an der Ermer jetzt verstorben ist.

* **Anleihe für den Kanalisationsverband.** Der Kanalisationsverband für das Laisebachgebiet, dem alle größeren Gemeinden des Kreises Waldenburg angeschlossen sind, genehmigte die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 1 200 000 Mark. Das Geld soll zum Bau eines neuen Kanals und zur Erweiterung des bereits bestehenden Kanalnetzes dienen.

Sozialdemokrat Vogel spricht in Ober-Salzbrunn. Am Sonntag fand in Ober-Salzbrunn im Gasthof „Zum goldenen Frieden" eine Rote-Hilfe-Versammlung statt. Trotz vorheriger Provokation der „Bergwacht" und der Salzbrunner Sozialdemokraten (genannt Doppel-Decker) war ein guter Besuch zu verzeichnen. Sozialdemokrat Vogel-Breslau sprach über „Rote Justiz — Roter Terror" und machte interessante Ausführungen über russische Justiz und Gefängnisse. — In der Diskussion erklärte ein Sozialdemokrat, daß er die Verhältnisse in den russischen Gefängnissen als einen sozialen Fortschritt bezeichnen muß. Leider zogen es die Salzbrunner sozialdemokratischen Provokateure vor, der Versammlung fernzubleiben, was von übergroßer „Tapferkeit" spricht. Im allgemeinen haben die Ausführungen des Referenten einen guten Eindruck bei den Versammlungsbesuchern hinterlassen.

Achtung, Weißstein! Am Sonntag, um 19 Uhr, im „Deutschen Haus", kombinierte Mitgliederversammlung der Partei und des RFB. Alles erscheine!

Ein Platzkonzert in Weißstein veranstaltet die RFB.-Kapelle des Untergaues am Sonntag. Anfang um 14 Uhr.

* **Wüstegiersdorf.** Wenn ein Fahrgast umnebelt ist. Ein Mietauto transportierte aus einem Lokal mehrere Gäste nach Lehmwasser. Auf der Straße in Sophienau griff plötzlich ein Fahrgast, der den geistigen Getränken etwas reichlich zugesprochen hatte, in das Steuer, worauf das Auto gegen einen Baum geschleudert und stark beschädigt wurde. Die Fahrgäste hatten Glück, sie kamen mit dem Schrecken davon.

— Das Gefängnis geschlossen. Das hiesige Gefängnis, das bisher zur Unterbringung von Untersuchungsgefangenen diente, ist bis auf weiteres geschlossen worden. Ob aus Mangel an „Gästen" ist unbekannt.

Oberes Revier

Langwaltersdorf. Es bleibt bei der Wohnungszwangswirtschaft. Die am vergangenen Sonnabend stattgefundene Gemeindevertretersitzung hatte sich u. a. mit dem Antrage des Mieterschutzvereins auf Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft zu befassen. Ein Dringlichkeitsantrag des Genossen Kunze, die Angelegenheit als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln, wurde mit Hilfe der SPD. abgelehnt. Genosse Kunze sprach gegen die Lockerung der Zwangswirtschaft. Der Gemeindevorsteher bezeichnete seine Ausführungen als Wahlpropaganda. Von einem Erfolg der SPD.-Fraktion kann natürlich keine Rede sein. Die Mieterschaft selbst hat sich geregt und nur ihrem Protest ist die Beibehaltung der Zwangswirtschaft zu verdanken. Ein Antrag der Erwerbslosen auf Gewährung einer Beihilfe wurde auf Vorschlag des Gemeindevertreters Gerberich mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Wenn die Sozialdemokraten glauben, damit die Organisation der Erwerbslosen zerschlagen zu können, so täuschen sie sich. An die öffentliche Sitzung schloß sich eine geheime an.

— Ein sozialdemokratischer Rußlanddelegierter wird am 12. Februar in einer öffentlichen Versammlung der Roten Hilfe sprechen. Wir machen schon jetzt auf die Versammlung aufmerksam und bitten um zahlreichen Besuch.

Landeshut

Erweiterung des Kreis-Krankenhauses. Der vom Kreistag beschlossene Erweiterungsbau des Kreis-Krankenhauses, des Isolierhauses für Infektionskrankheiten, ist nunmehr fertiggestellt. Das unter der umsichtigen Oberleitung des Kreisbaumeisters Uchirne ausgeführte Haus enthält im Obergeschoß zehn Krankenzimmer, zwei Teeküchen, Arztzimmer, Schwesternzimmer, Desinfektionsraum, Brausebad und mehrere Vorratsräume untergebracht. Außerdem für sich abgeteilt eine Heizerwohnung von zwei Stuben, Küche und Vorraum. Die Beheizung (Warmwasserheizung) erfolgt vom Hauptgebäude aus. Nach erfolgter Inneneinrichtung kommt die Uebergabe. Bei Eintritt günstiger Witterung wird mit dem Bau einer Autogarage begonnen, die Mittel für ein Krankentransportauto sind schon vor längerer Zeit bewilligt worden.

Stahlhelmpech. Wie jetzt von der bürgerlichen Presse bestätigt werden muß, sind unsere dem Stahlhelm nahestehenden Spießer und der im Absterben befindliche Stahlhelm einem schlimmen Betrüger zum Opfer gefallen. Mit einer Sammelliste des Stahlhelms, unterzeichnet Krüger, ausgerüstet, verstand es der aus Beuthen zugereiste Feldwebelleutnant Mende, namhafte Beträge und Kleidungsstücke im nationalen Interesse lockerzumachen. Jetzt ist dieser Nationalheld und Schwindler wegen Logis- und Heiratsschwindeleien verhaftet worden.

Niederschlesien

Die Liegnitzer Bauarbeiter zum Konflikt im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband

Die Jahresversammlung des Baugewerksbundes in Liegnitz fand am 24. Januar statt. Der Geschäftsführer Höhr gab den Kassen- und Jahresbericht. Bei der Neuwahl wurde Kollege Klose (Opposition) zum ersten Vorsitzenden gewählt. Als er vor zwei Jahren in die gleiche Funktion gewählt wurde, wurde er von dem Hauptvorstand abgesetzt und für ein Jahr sämtlicher Funktionen enthoben. Bei der diesjährigen Wahl erhielt Klose von 168 abgegebenen Stimmen 140 und der reformistische Vorschlag nur 28 Stimmen. Der zweite Vorsitzende (ebenfalls Opposition) wurde wiedergewählt. Als Jugendleiter blieb der Kollege König (Opposition). Als Kartelldelegierte fungieren Sperr und Bittermann. Nach den Wahlen wurde der Kartellbericht entgegengenommen. An der Sitzung nahm u. a. der Gauleiter der Staats- und Gemeindearbeiter, Renschin, teil. Der Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wurde mit 24 gegen 14 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen. In seiner Abwesenheit gab der Gauleiter einen Bericht über den Konflikt. Ein objektives Bild konnten sich die Delegierten natürlich nicht machen, weil sie nur von einer Seite unterrichtet wurden und keine Diskussion stattfand. In der Diskussion zum Kartellbericht wurde das Verhalten des Gauleiters Renschin der diktatorischen Absetzung wegen stark kritisiert, worauf folgender Antrag eingebracht wurde:

„Die Generalversammlung des Baugewerksbundes, Zahlstelle Liegnitz, stellt folgenden Antrag: Das Kartell wird beauftragt, eine Versammlung der Staats- und Gemeindearbeiter einzuberufen und dazu sämtliche Gewerkschaftsfunktionäre einzuladen, zwecks Klärung der entstandenen Differenzen der Gewerkschaften im allgemeinen."

Der Antrag wurde vom Kollegen Pradler begründet. Selbst der Gewerkschaftsangestellte Höhr lehnte ihn nicht ab, betonte nur, daß die Klärung der Differenzen in erster Linie Sache der Staats- und Gemeindearbeiter sei. Wird die Gauleitung des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes dem Antrage der Bauarbeiter Rechnung tragen? Oder wird sie nach wie vor jede freie Meinungsäußerung zu unterbinden trachten? Der Antrag der Bauarbeiter stellt mit Recht fest, daß der Konflikt im Staats- und Gemeindearbeiterverband für alle Gewerkschaften von Bedeutung ist. Deshalb, Liegnitzer Gewerkschaftskollegen, fordert eine Untersuchung der Konfliktsursachen vor der breitesten Oeffentlichkeit der Mitgliedschaft.

Görlitz

Böser Reinfall der Mucker

Der evangelische Elternbund hielt am Mittwoch eine Versammlung ab. Ueber deren Verlauf entnehmen wir der bürgerlichen Presse:

„Der evangelische Elternbund hatte am Mittwochabend eine Versammlung anberaumt, um einen Vortrag des Penziger Pastors Langner zu hören, der den Fall des Lehrers Hampel in Penzig (Oberlausitz) behandelte, der in das Poesiealbum eines Schulkindes Schmähverse gegen die Kirche eingetragen hatte. Eine Stunde vor Beginn des Vortrages gelang es jedoch kommunistischen Elementen, die Kasse zu überrennen und den Saal bis auf den letzten Platz auszufüllen. Statt des angesetzten Vortrages hielt einer der Kommunisten eine Rede, die sich gegen Kirche und Bibel richtete. Die Polizei griff mehrmals ein, mußte aber von einer zwangsweisen Räumung des Saales absehen, da sonst größere Unruhen zu befürchten gewesen wären. Der Vorgang hat in kirchlichen Kreisen große Erregung ausgelöst."

Da bis Redaktionsschluß noch kein eigener Bericht vorlag, müssen wir uns mit der Wiedergabe der bürgerlichen Meldungen vorläufig begnügen. Wir wollen aber bemerken, daß wir uns herzlich freuen würden über den Reinfall der Mucker, von deren Geistesverfassung wir in der morgigen Nummer einige überzeugende Beweise bringen werden.

Dreimalige tägliche Postzustellung in Görlitz. Görlitz erhält ab sofort die schon längst erwartete dreimalige Ortszustellung. (Es ist auch notwendig, wenn man Großstadt werden will!) Die erste Zustellung erfolgt wie bisher um 7,30 Uhr, wird aber, statt bisher in 60, von jetzt ab in 70 Bezirken ausgeführt. Das bedeutet für mehrere Straßen früheren Empfang der Hauptpost. Die zweite Zustellung erfolgt um 13,45 Uhr, die dritte um 16,40 Uhr. Diese dreimalige Zustellung bedeutet eine Mehrarbeit. Zwar sind einige neue Kräfte eingestellt, die Mehrarbeit aber steht in keinem Verhältnis zur Bezahlung der Briefträger. Nach unten gibt es mehr Arbeit und nach oben mehr Geld.

Mitteilung. Auf Grund vieler Nachfragen sieht sich die Schulleitung veranlaßt, mitzuteilen, daß für die kommende 6. Knabenklasse Anmeldungen nicht mehr angenommen werden können. Auch für die beiden 6. Mädchenklassen sind nur noch wenige Plätze frei.

Vorsicht! Auf dem Demianiplatz, besonders an der Luisenstraße, machte sich ein jüngerer, gutgekleideter Mann an Kinder heran und forderte diese auf, mit ihm zu kommen. Beim Nahen von Erwachsenen nahm er mit eiligen Schritten Reißaus. Die Eltern und Erzieher seien darauf aufmerksam gemacht, damit sie ihre Kinder entsprechend warnen können.

Goldberg-Haynau

Eine überfüllte Liebknecht-Gedenkfeier. Die am Dienstag im großen Volkshaussaale von den proletarischen Organisationen veranstaltete Liebknecht-Gedenkfeier fand vor überfülltem Saale statt. Ein bis 200 Personen zählender Fackelzug leitete den Abend ein. Schon vor Eintreffen des Umzuges war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Ordner schafften Platz und besorgten Gartenstühle. Trotzdem mußte ein großer Teil mit Stehplätzen, dichtgedrängt, vorliebnehmen. Die Kameraden und Genossinnen leisteten bei den sehr gut gelungenen Vorführungen ihr Bestes und ernteten den wohlverdienten Beifall. Die Ansprache, gehalten von einem Genossen aus Bunzlau, wurde ebenfalls mit Beifall aufgenommen. Mit dem Mahnruf, den Weg unserer russischen Arbeitsbrüder zu gehen, und mit einem Hoch auf die Kommunistische Partei wurde die so würdig verlaufene Feier geschlossen. Zu begrüßen ist die sehr gute Beteiligung der Landarbeiter, die weite Wege bis zu zwölf Kilometer nicht scheuten. Den reformistischen Führern von dort aber haben wir gezeigt, daß die rote Klassenfront marschiert und mit ihr der Sieg. Den Genossen und Kameraden rufen wir zu: Heran an die Front! Die Losung sei: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Brand bei Bunzlau. Auf dem Dominium Thiergarten des Rittergutsbesitzers Günther brach in der großen Scheune Feuer aus, das sich über das ganze Gebäude ausbreitete und dieses mit der angrenzenden Schmiedewerkstatt und ihrem Inhalt vollständig vernichtete.

Lauban

Tödlicher Sturz. Im Härtelschen Basaltschotterwerk in Schadewalde stürzte der Steinbrucharbeiter Alfred Lachmann aus Rengersdorf über eine mehrere Meter hohe Steinwand hinunter. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nachts darauf verstarb.

Aus dem Riesengebirge

Betrugsmajor v. Müller im Riesengebirge

Wie erinnerlich, hat der jetzt in Berlin wegen verschiedener Betrügereien verhaftete Major v. Müller im Frühjahr im Riesengebirge eine Gastrolle gegeben. Er wohnte damals mit Frau, Tochter und Sohn in Bad Flinsberg, wo er den Hotelbesitzer auf Zahlung der Rechnung warten ließ. Bei einem Ausflug nach Schreiberhau wurde er verhaftet und mit der ganzen Familie nach dem Hirschberger Untersuchungsgefängnis gebracht. Es stellte sich dann heraus, daß der Major Betrügereien in solch großem Umfange verübt hatte, daß man ihn sogar auf seinen Geisteszustand untersuchen ließ, der aber für intakt gefunden wurde. Inzwischen gab der Major vor, seine Familienverhältnisse ordnen zu müssen, und bat um Urlaub, der ihm auch großzügigerweise gegen das Versprechen, nach Erledigung seiner Angelegenheiten wieder in die Untersuchungshaft zurückzukehren, bewilligt wurde. Der Herr Major kehrte aber, trotzdem er sein „Ehrenwort" gegeben hatte, nicht zurück, sondern wurde auf Grund neuer Schwindeleien in Berlin verhaftet.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Ortsgruppenkassierer, sofort abrechnen! Mindestens sofort Teilzahlungen!

Breslau

— Stadtteil 2 (Nord). Straßenzelle 1. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Rathey, Schießwerderstr. 15. Straßenzelle 7. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung Brigittental 7.

— Stadtteil 4 (Süd-Zentrum). Freitag 20 Uhr Zellenversammlungen. Zelle 1 u. 2 Turmhof, Zelle 3 u. 4 Friedrichstr. 41. Referenten der BL. anwesend.

— Stadtteil 1 (Ost). Freitag 20 Uhr kombinierte Mitgliederversammlung im Lokal „Webskyschloß", Webskystraße, zu der KPD. und RFB. erscheinen müssen.

Jauer. Freitag 20 Uhr im „Grünen Adler" Mitgliederversammlung. Partei- und Rote-Hilfe-Funktionäre eine Stunde früher.

Weißstein. Sonntag 19 Uhr im „Deutschen Hause" Jahresversammlung der Zellengruppe. Pflicht aller Parteigenossen ist es, zu erscheinen!

Petersdorf i. Rsgb. Sonntag Versammlung in „Vier Jahreszeiten". RFB.-Kameraden sind eingeladen. Breslauer Referent anwesend.

Kommunistischer Jugend-Verband

Görlitz. Freitag 19,30 Uhr Judenring 15, öffentlicher Heimabend.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau

— Abt. 4. Sonnabend 19,30 Uhr Funktionärversammlung bei Scherotzki, Frankfurter- Ecke Schweitzerstraße.

Striegau. Sonntag Landpropaganda. Antreten 12 Uhr, Bierquelle.

Friedland. Sonnabend 20 Uhr Monatsversammlung im „Anker".

Sonstige Organisationen

Breslau.

— **Rote Hilfe West.** Freitag 20 Uhr bei Wind Funktionärsitzung.

Schweidnitz. IAH. Freitag 20 Uhr in der „Stadt Breslau" Generalversammlung.

Ohlau. Rote Hilfe. Freitag 19 Uhr Mitgliederversammlung. Genosse Gläser-Breslau spricht über das neue Strafgesetz. Kassierer bis Freitag abrechnen.

Gottesberg. Freie Elternvereinigung. Sonntag 18,30 Uhr Jahres-Hauptversammlung bei Hildebrand. (Film und Vortrag.)

Nieder-Hermsdorf, Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 16,30 Uhr im Gasthaus „Zur Friedenshoffnung" Generalversammlung. Am 19. Februar ist unser Stiftungsfest.

Weißstein, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Sonntag 14 Uhr im Gasthaus „Zum Hochwald" Generalversammlung.

— **Arbeitersamariterkolonne.** Sonntag 14 Uhr Monatsversammlungim „Bürgerheim", Weißstein.

Nieder-Altwasser, Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz" Generalversammlung.

Nieder-Salzbrunn, Arbeiter-Turn- und Kraftsportverein. Sonnabend 19,30 Uhr im Vereinslokal Monatsversammlung.

Haynau. Freidenkerverband. Sonntag 14 Uhr Kinder im Heim. 16—18 Uhr Jugend. Diskussion. Thema: Die Geburt der Erde. 20 Uhr Spiel und Tanz im Heim.

Wählt Delegierte zur schlesischen Landeserwerbslosenkonferenz!